

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Kaiser-Josef-Platz – Wiederherstellung der Kurzparkzonenparkplätze in der Schlögelgasse (GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Prof. **Kopera**:

Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen und ZuseherInnen im Livestream. Mein dringlicher Antrag ist an Stadträtin Elke Kahr gerichtet und betrifft den Kaiser-Josef-Platz. Am 1. Juli erging die Pressemeldung „Bauernmarkt: aus Not wird Dauerlösung“. Diese Meldung hat die Bewohnerinnen und Bewohner und Gewerbetreibenden im Bereich des Kaiser-Josef-Platzes – Schlögelgasse sehr überrascht und verärgert. Während der Pandemie hatten alle Anrainer, Anrainerinnen und die Marktferanten größtes Verständnis dafür, dass durch die Ausweitung und Einbeziehung der Schlögelgasse die Abstände zwischen den Marktständen vergrößert werden konnten, um damit die Ansteckungsgefahr zwischen Kundinnen und Kunden sowie den Marktbeschickern möglichst gering zu halten. Die Anrainer und Anrainerinnen sind davon ausgegangen, dass es sich dabei um eine Notlösung handelt, die nach Aufhebung des Lockdowns und jetzt mit Linderung der Pandemie wieder rückgeführt werden würde. Deshalb sind sie durch diese Meldung sehr verstört und vor allem verärgert darüber, dass sie ohne Einbeziehung und Diskussion das aus der Zeitung erfahren müssen. Die Unsinnigkeit dieser Maßnahme wird dadurch unterstrichen, dass unter der Woche, nämlich Montag bis Donnerstag, der eigentliche Kaiser-Josef-Platz überhaupt nicht zur Gänze besetzt ist und weil nur so wenig Stände aufgestellt werden, weil nicht alle Marktbeschicker kommen, nur an Freitagen und Samstagen ist richtiger voller Betrieb und auch dafür ist genügend Platz am Kaiser-Josef-Markt gegeben. Außerdem sind für die Parkplätze in der Luthergasse und Schlögelgasse für die Anrainer und Anrainerinnen Parkgenehmigungen in der Zone 7 ausgegeben worden, mit der Vergrößerung des Marktes und Einbeziehung der Schlögelgasse würden diese Parkplätze flach fallen und auch das wäre eine Belastung für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat beauftragt Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die dargestellte Situation am Kaiser-Josef-Markt einschließlich der Schlögelgasse einer sachlichen Prüfung zu unterziehen, dies unter Einbindung der betroffenen Gruppen, Bewohner, BewohnerInnen, Landwirte und Wirtschaftsreibenden mit dem Ziel, die Kurzparkzonen-Parkplätze in der Schlögelgasse ab dem 1.1.2021 in die vor der Pandemie vorhandene Form zurückzuführen und das Ergebnis dem Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 16. September 2020 zu präsentieren (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 1. Juli erging die Pressemeldung „Bauernmarkt: aus Not- wird Dauerlösung!“ Diese Nachricht hat anwohnende Bürger sowie dort ansässige Geschäftsleute sehr verstört.

Während der Pandemie hatten alle Anrainer, Landwirte und Unternehmer großes Verständnis dafür, dass die Abstände zwischen den Ständen durch Einbeziehung der Schlögelgasse in das Marktgebiet vergrößert wurden, um so die Ansteckungsgefahr zwischen Marktbesuchern und Besuchern zu minimieren. Die Anrainer gingen davon aus, dass es sich hierbei um eine kurzfristige Notmaßnahme handelt. Nun sind sie betroffen und verärgert darüber, dass sie ohne intensive Einbeziehung via Zeitungsartikel Kenntnis davon erlangen mussten, dass daraus eine Dauerlösung werden soll.

Um die Unsinnigkeit dieser Maßnahme zu verdeutlichen: Der Kaiser-Josef-Platz wird derzeit von Montag bis Samstag von 06.00 bis 13.00 Uhr als Markt und in den Nachmittags- und Abendstunden überwiegend für Gastronomiezwecke verwendet. Der Markt selbst ist von Montag bis Donnerstag nicht voll besetzt. Jedermann kann sich davon überzeugen, dass an diesen Tagen viele Standplätze frei bleiben. Auch an

Freitagen und Samstagen, wo mehr Marktbesucher vertreten sind, verfügt der Markt immer noch über ausreichend Stellfläche!

Für die Anwohner des Areals Kaiser-Josef-Platz wurden für das Kurzparkzonengebiet 7 Ausnahmegenehmigungen erteilt, welche aber die Nutzung der Stellplätze in der Schlögelgasse wegen des nunmehr verordneten Fahrverbotes verunmöglichen. Der Parkdruck ist in dieser Zone selbst im Falle der Beibehaltung der Kurzparkzone in der Schlögelgasse bereits sehr hoch und würde durch den dauerhaften Entfall noch verstärkt. In diesem Zusammenhang wäre auch die Anzahl der an die Anwohner der Adressen Kaiser-Josef-Platz, Schlögelgasse und Luthergasse erteilten Ausnahmegenehmigungen von Interesse.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat beauftragt Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, die dargestellte Situation am Kaiser-Josef-Markt einschließlich der Schlögelgasse einer sachlichen Prüfung, unter Einbindung der betroffenen Gruppen – Bewohner, Landwirte, Wirtschaftstreibende – zu unterziehen, mit dem Ziel, die Kurzparkzonenparkplätze in der Schlögelgasse ab dem 1.1.2021 in die vor der Pandemie vorhandene Form zurückzuführen und das Ergebnis dem Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 16. September 2020 zu präsentieren.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Daisy. Dass die derzeitige Situation rund um den Kaiser-Josef-Platz für die Anrainer, Marktbesucher und auch für die Marktbesucher selbst als unbefriedigend sich darstellt, ist auch aus der Sicht

der SPÖ verständlich. Aber wir sind auch der Meinung, und das solltest du als Fachärztin in deine Überlegungen einbeziehen, dass die bestehenden Maßnahmen aufgrund der Covid-Krise getroffen worden sind und diese Krise ist noch nicht vorbei. Im Gegenteil, blickt man nach Oberösterreich, wo die Maskenpflicht in den öffentlichen Räumen wieder eingeführt worden ist, oder nach Kärnten, wo das Tragen von Masken ab 21 Uhr wieder vorgeschrieben ist, sollte das unser Warnzeichen sein und uns bewusstmachen, dass die drohende Gefahr immer vorherrscht. Selbst Graz hat ja bereits einen kleinen Cluster in einem Bauunternehmen gehabt, der anscheinend glimpflich verlaufen ist und Cluster, der von einem Bauernmarkt in Graz ausgeht, das wäre wahrscheinlich katastrophal. Allerdings sollte man auch immer an die Betroffenen, in diesem Fall an die Anrainer, Marktbesucher und die Wirtschaftstreibenden denken und in diesem Sinne ist die Dringlichkeit für diesen Bereich in unserer Stadt wiederum nachvollziehbar und für uns von der SPÖ, und darauf möchte ich noch einmal explizit hinweisen, ist es aber vor allem auch wichtig, Angebote in Graz zu schaffen, die Nutzung eines privaten PKWs unnötig machen, ohne rigorose Verbote für die Autofahrer. Und abschließend gehe ich noch auf einen Punkt ein, der uns von der SPÖ in diesem Zusammenhang mit der Schlögelgasse besonders wichtig ist. Wenn hier tatsächlich wieder Erleichterungen im Sinne der AnrainerInnen gesetzt werden, vorbehaltlich der Covid-Entwicklung, ist auf jeden Fall auch eine Lösung mit Menschen mit Behinderung miteinzubeziehen. Nur zur Erinnerung, zwei Behindertenparkplätze in der Schlögelgasse sowie eine im Kreuzungsbereich Schlögelgasse/Luthergasse wurden aufgrund der Corona-Maßnahmen ersatzlos gestrichen und diese drei Parkplätze sollten jetzt im Umfeld auf jeden Fall wieder errichtet werden und in diesem Sinne stelle ich einen

Zusatzantrag:

Im Zuge der angestrebten Wiederherstellung der Kurzparkzonenparkplätze in der Schlögelgasse ab dem 1. Jänner 2021 in die vor der Pandemie vorhandenen Form ist auf jeden Fall auch sicherzustellen, dass im Bereich um den Kaiser-Josef-Platz Ersatz für

jene drei Behindertenparkplätze geschaffen wird, die ebenfalls aufgrund der Covid19-Maßnahmen gestrichen wurden.

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden

Zusatzantrag:

Im Zuge der angestrebten Wiederherstellung der Kurzparkzonenparkplätze in der Schlögelgasse ab dem 1. Jänner 2021 in die vor der Pandemie vorhandene Form, ist auf jeden Fall auch sicherzustellen, dass im Bereich um den Kaiser-Josef-Platz Ersatz für jene drei Behindertenparkplätze geschaffen wird, die ebenfalls aufgrund der Covid19-Maßnahmen gestrichenen wurden.

GRⁱⁿ Ussner:

Liebe Antragstellerin, sehr geehrte Zuschauer, Zuschauerinnen im Livestream, lieber Stadtsenat, liebe Gemeinderatsmitglieder. Aufgrund von Covid ist die Schlögelgasse autofrei gemacht worden. Das haben wir jetzt schon gesagt. Ich bin auch der Meinung, dass vor allem angesichts der steigenden Zahlen wir erstens darüber jetzt keine Aussage treffen sollten, ob der Bauernmarkt so bleiben soll, wie er jetzt ausgeführt wird oder nicht. Aber weiters geht es mir um ein paar andere Punkte. Und zwar ist in der Kleinen Zeitung auch eine Umfrage ergangen, die ist schon über einen Monat her, die vor der letzten Gemeinderatssitzung, wo herausgekommen ist, dass sich über 80 % eine autofreie Schlögelgasse wünschen der Leute, die da abgestimmt haben. Weiters war nicht die autofreie Schlögelgasse das Problem, sondern die Ausführung, weil in jeder normalen Fußgängerzone können Anrainer, AnrainerInnen zufahren sowie Lieferanten, Lieferantinnen und die Lieferanten, Lieferantinnen der Betriebe haben dann auch noch Strafen bekommen und das ist natürlich nachvollziehbar ärgerlich.

Weiters geht es auch um einen Anwohner, der im Rollstuhl sitzt und angewiesen ist auf diesen Behindertenparkplatz, weshalb ich sowieso in dieser Gemeinderatssitzung einen einfachen Antrag diesbezüglich wollte. Ich bin jetzt dankbar für diesen Dringlichen, dass wir das so diskutieren können, weil deswegen werde ich das auch in meinem Abänderungsantrag einbringen. Was ich jedoch wirklich spannend finde im Antragstext, ist auch die Auffassung von Beteiligung oder Einbindung der Bevölkerung, die anscheinend die ÖVP vertritt, weil da steht dann, einer sachlichen Prüfung unter Einbindung der betroffenen Gruppen, Bewohner, Landwirte, Wirtschaftstreibenden, zu unterziehen mit dem Ziel, die Kurzzonenparkplätze in der Schlögelgasse wieder in die vorhandene Form zurückzuführen. Ich habe bisher nicht gewusst, dass es Beteiligungsprozesse gibt, bei denen das Ziel schon vorher feststeht, aber das ist auch einmal ein spannender Zugang. Wir haben eher den Zugang, am Beteiligungsprozess dort zu starten, deren Ergebnis offen ist (*Appl.*), der Begriff Beteiligung auch eigentlich sagt und genau weiters ist am 16.6. ein Antrag einstimmig angenommen worden auch in der ÖVP vom Bezirksrat dort, die sich zumindest eine teilweise Befreiung von Autos an Freitagen und Samstagen wünschen. Vielleicht möchte der ÖVP-Gemeinderatsclub dann auch noch einmal sich mit dem Bezirksrat absprechen.

Insofern komme ich zu meinem

Abänderungsantrag:

der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Stadträtin Elke Kahr beauftragen, noch im Juli Zufahrtsmöglichkeiten für Anrainer, Anrainerinnen und Lieferanten, Lieferantinnen sicherzustellen. Weiters werden die Behindertenparkplätze wieder ausgewiesen und vom Parkverbot ausgenommen. Darüber hinaus wird ein breiter Beteiligungsprozess mit offenem Ausgang gestartet, bei dem sowohl die betroffenen Gruppen, BewohnerInnen, Wirtschaftstreibende, Landwirte, Landwirtinnen, als auch die zuständigen Behörden, also Marktamt, Straßenamt eingebunden sind. Ziel soll es sein,

eine Lösung zu finden, die die Bedürfnisse von Marktbes chickern, Marktbes chickerinnen, Marktbesuchern, Marktbesucherinnen, Anrainern, Anrainerinnen und Betrieben bestmöglich berücksichtigt. Danke (*Allgem. Appl.*).

Original des Abänderungsantrages:

Um den Sicherheitsabstand am Kaiser-Josef Markt auch in Zeiten von Covid-19 einhalten zu können, wurde die Schlögelgasse temporär für Autos gesperrt. Diese Lösung bekam bei der Bevölkerung großen Zuspruch. Es wurden auch viele Stimmen laut, die eine permanente FußgängerInnenzone in der Schlögelgasse forderten. Jedoch ist die Umsetzung der derzeitigen autofreien Schlögelgasse wenig durchdacht und sehr zum Nachteil der AnrainerInnen und LieferantInnen der Betriebe: Zufahrten werden allen verwehrt und auch die Behindertenparkplätze sind verschwunden. Weiters wurden die LieferantInnen mit Strafen eingedeckt.

Diese Vorgangsweise ist nicht nachvollziehbar, sogar in ausgewiesenen FußgängerInnenzonen ist das Zufahren für AnrainerInnen und LieferantInnen erlaubt. Es besteht also klar und dringend Handlungsbedarf, um die bestehenden Missstände zu beseitigen. Weiters sind Beteiligungsprozesse dafür da, die Bevölkerung selbst entscheiden zu lassen und nicht eine Meinung abzufragen, um dann in jedem Fall sowieso die eigenen Interessen durchzusetzen.

Daher stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. *Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Stadträtin Elke Kahr beauftragen, noch im Juli Zufahrtsmöglichkeiten für AnrainerInnen und LieferantInnen sicherzustellen.*
2. *Weiters werden die Behindertenparkplätze wieder ausgewiesen und vom Parkverbot ausgenommen.*
3. *Darüber hinaus wird ein breiter Beteiligungsprozess mit offenem Ausgang gestartet, bei dem sowohl die betroffenen Gruppen – BewohnerInnen, Wirtschaftstreibende, LandwirtInnen, als auch die zuständigen Behörden, also Marktamt und Straßenamt, eingebunden sind. Ziel soll es sein, eine Lösung zu finden, die die Bedürfnisse von MarktbesucherInnen, MarktbesucherInnen, AnrainerInnen und Betrieben bestmöglich berücksichtigt.*

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegin Kopera. Danke für deinen Antrag. Erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen dazu auch. Es ist ja schon gesagt worden, diese Maßnahmen, so wie sie jetzt sind, sind natürlich aufgrund der Corona-Pandemie ergriffen worden, musste alles sehr schnell gehen, ist vielleicht nicht immer alles ganz reibungslos natürlich auch vonstatten gegangen. Jedenfalls ist es mittlerweile so, dass selbstverständlich die Lieferanten und in Bälde dann auch die Anrainer wieder zufahren können, wie es halt in einer Fußgängerzone üblich ist. Anmerken möchte ich auch, meine Vorrednerin hat darauf auch schon hingewiesen, Beteiligungsprozess mit dem Ziel, die Kurzparkzonenparkplätze wieder zurückzuführen in die vorhandene Form, also wie sie vor der Pandemie waren und das bereits am 16. September im Verkehrsausschuss zu präsentieren, würde natürlich bedeuten, dass wir jetzt im Sommer, wo möglichst wenige Leute natürlich in der Stadt sind, den Beteiligungsprozess machen, mit dem vorgegebenen Ziel, alles wieder so zu belassen, wie es vorher gewesen ist. Die Verkehrsplanung und die zuständige Verkehrsstadträtin haben

zunächst einmal nach diesen Notmaßnahmen, die sozusagen ergriffen worden sind, auch im Interesse vor allem des Marktes auch die provisorische Verlängerung dieser Maßnahmen bis Jahresende einmal gewünscht, und es gibt natürlich von der Bevölkerung her, aber auch von den Marktbesuchern, von den Standlern und von den Lieferanten, von den Gewerbetreibenden natürlich die unterschiedlichsten Wünsche und Vorstellungen. Deswegen ist die Verkehrsplanung jetzt einmal dabei, tatsächlich Verbesserungen in diesem Bereich auch zu planen. Das bedeutet natürlich, dass man versucht, das möglichst verkehrsberuhigt zumindest zu machen, ob das dann eine Begegnungszone wird, eine Fußgängerzone, wie auch immer das dann ausschauen kann, wird also derzeit geplant und geprüft und selbstverständlich ist dann natürlich auch daran gedacht, das immer im Einvernehmen mit den Wünschen der Bevölkerung mit den unterschiedlichen Nutzergruppen sozusagen zu verbinden. Und das halte ich natürlich auch für grundsätzlich notwendig und sehr wünschenswert und von daher unterstützen wir natürlich auch gerne dann den dritten Punkt vom Grünen Abänderungsantrag. Was die Behindertenparkplätze angeht, da scheint es noch einige Unklarheiten zu geben. Nach meinen Informationen zufolge ist es so, dass sehr wohl Ersatz geschaffen wurde also in der unmittelbaren Umgebung. Die behinderten Parkplätze aber wieder genau dort zu machen, wo sie vorher waren, kann man eben, wenn man tatsächlich eine verkehrsberuhigte Situation dort sich wünscht, nicht garantieren, denke ich mir einmal aus meiner Sicht. Weil da natürlich auch bauliche Maßnahmen erforderlich sein könnten. Dankeschön (*Allgem. Appl.*)

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr)

GR Ing. **Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer. Auch wir wollen den Kaiser-Josef-Platz wieder in den ursprünglichen Sinn zurückzuführen, also, wenn die Covid-Krise vorbei ist, das kann auch gerne natürlich vor dem Jänner sein. Auch wir sprechen uns jetzt

nicht für die Panikmache aus, jetzt im Sommer wieder die Stadt zuzusperren und da jetzt wieder diese Fälle hochzuzitieren, das ist genau das Kontraproduktive. Wir sind jetzt froh, dass die Stadt offen ist, dass der Tourismus kommt und, wie gesagt, das ist jetzt eine provisorische Geschichte in der Schlögelgasse gewesen, wo wir den Platz ausgedehnt haben, das wird natürlich wieder zurückgeführt, wenn die Krise vorbei ist. Die Zufahrten funktionieren jetzt schon, die soll es nachher auch natürlich wieder geben, dass die Lieferanten und die Geschäftstreibenden zufahren können. Auch die Parkplätze für die Anrainer sind sehr wichtig, hat die Kollegin Kopera ausgeführt, in der Schlögelgasse und die Luthergasse ist ja eine Kurzparkzone mit Anrainern, die dort Ausnahmegenehmigungen haben. Dann haben wir Behindertenparkplätze gehört, da können wir der SPÖ zustimmen, das ist immer wert, dass man auf benachteiligte Gruppen auch blickt und dass die dort einen Parkplatz in der Nähe bekommen. Dann den Grünen sei noch ausgerichtet, wenn da eine kleine Umfrage zu ihrem gewünschten Ergebnis kommt, das glaube ich bei diesen Online-Umfragen dann nicht immer ganz, der wird halt der Klub 80-mal abgestimmt haben ...

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates

Lohr:

... das wird nicht repräsentativ sein, da bin ich schon bei den Bürgern eher in dem Bezirk, die eben keine Fußgängerzone dort haben wollen, die Anrainer. Und darum werden wir auch den Ursprungsantrag zustimmen. Wir werden eben der Verkehrsabteilung das ersparen und der Frau Stadträtin, dass sie sich da viele Gedanken macht. Wir wollen den ursprünglichen Plan und das Verkehrsregime, das hat vor der Krise funktioniert, das wird nach der Krise funktionieren. Daher Zustimmung zum dringlichen Antrag (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. Nagl:

Wünscht jemand zum Antrag das Wort?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren der Stadtregierung, des Gemeinderates. Die Maßnahmen, die eingeleitet wurden, waren einfach notwendig aus Sicht des Gesundheitsamtes, durch die Vorgaben der Bundesregierung mussten die Abstände eingehalten werden oder erweitert werden, daher musste man sich umsehen, wo die Möglichkeit gegeben ist, den Markt auszuweiten. Ich darf wiederholen, dass wir zum Unterschied von anderen Städten die Einzigen waren oder eine der Wenigen waren, die die Märkte die ganze Zeit offengehalten haben. Da bin ich der Frau Kollegin Kahr dankbar, dem Straßenamt, dass das ermöglicht worden ist und ich glaube, das hat die Bevölkerung in Summe sehr, sehr positiv aufgefasst und angenommen. Ich darf erinnern, dass wir zumindest auch in der Zeit von Ostern eine kleine Normalität wiederherstellen konnten und dafür war das sehr, sehr wichtig und ich bin selbst der Meinung, dass wir, sobald wir diese Abstandsregeln nicht mehr haben, das natürlich in den Zustand zurückzuführen müssen und sollen, weil die Anwohner davon natürlich betroffen sind, auch die Gewerbetreibenden in der Schlögelgasse. Aber das ist eben dem Umstand geschuldet, dass wir diese Vorgaben haben und ich darf auch an dieser Stelle mich ganz, ganz herzlich für das Verständnis aller Beteiligten bedanken im Wissen und im Verständnis dafür, dass es problematisch ist und natürlich nur ein temporärer Faktor sein soll. Danke (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Ich kann durchaus dort anschließen, wo der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, die Markterweiterung selbstverständlich die war notwendig und die Zusammenarbeit mit

Straßenamt und Marktamt hat ja gut funktioniert und auch insgesamt ist die gesamte Marktplatzgestaltung schon vor Covid und erfreulicherweise wird das auch sehr gut angenommen. Es ist ja heute auch noch leider die Frage vom Kollegen Sickl gekommen, der ja vollkommen zu Recht festgestellt hat, dass die vorhandenen Radabstellplätze dort mittlerweile das Auslangen nicht mehr finden, deshalb sind auch weitere Radabstellplätze notwendig. Das ist ja ein gutes Zeichen, weil es bedeutet, dass auch sehr viele Marktbesucher mit dem Fahrrad kommen. Wir haben jetzt diese Vorgehensweise mit allen Notwendigkeiten, die jetzt Zug um Zug passiert sind, das ist zugestandenermaßen der Lieferverkehr, erst in wenigen Tagen dieser Zusatz wird angebracht, das habe heute bei den Kollegen vom Straßenamt auch so besprochen. Bewohner, noch einmal, Lieferanten und auch die Marktbesucher, das ist ja logisch, dass sie zufahren können, aber was schon auch man nicht außer Acht lassen soll, ist, dass es auch den Wunsch, weil man gesehen hat, wie das Leben jetzt dort funktioniert, den Wunsch gibt es, den berechtigten, dass man diesen Bereich, also den östlichen Bereich vom Marktplatz, verkehrsberuhigt belässt. Und diese Prüfung, das ist jetzt kein Beinbruch meiner Abteilung, lieber Herr Gemeinderat ...

Zwischenruf GR Lohr: Da gibt es bessere Projekte.

StRⁱⁿ Kahr:

Glauben Sie mir, die passieren eh, aber diese Prüfung, glaube ich, ist zulässig, weil es diese Wünsche auch gibt und wie ja mehrmals immer betont ist, dass man alle Seiten soll berücksichtigen. Ich sehe das genauso, dass man halt nicht vorgefasst schon eine Meinung haben sollte, sondern durchaus hinhören sollte, wie die Bewohnerschaft, die Gewerbetreibenden und Interessensverbände das sehen. Wenn es so ist, dass das nicht gewünscht ist, dann bin ich die Letzte in der Kommunikation mit ihnen, die da mit dem Kopf durch die Wand will. Aber ich halte das für legitim, das zu prüfen und wir werden das selbstverständlich mit den Interessensverbänden und Bewohnern

diskutieren. Wie im Übrigen nächste Woche schon ein Termin stattfinden wird mit den Gewerbetreibenden, und zu den Behindertenparkplätzen, das wünsche ich mir genau so, dass man dort mehr schaffen können, wobei hier besonders der Wunsch ist, ganz in Marktnähe, und ob das immer möglich sein wird, das muss man sich anschauen. Es sind nicht alle aufgelassen worden und ersatzlos keine gekommen. Es sind neue geschaffen worden, aber der Wunsch ist, noch näher am Markt. Das habe ich erst vor kurzem auch von einigen Betroffenen so rückgemeldet bekommen und das wird von unserem Amt auch angeschaut werden (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Bürgermeister erleben, wenn sie durch die Stadt gehen, die Bürgerinnen und Bürger ziemlich hautnah und nachdem ich in der Nähe wohne und auch am Kaiser-Josef-Platz einkaufe, habe ich die letzten Wochen de facto nur einen Wunsch gehört, und zwar, es sind die Bewohnerinnen und Bewohner mit der derzeitigen Lösung unglücklich. Es sind die Standlerinnen und Standler mit der Lösung nicht zufrieden und unglücklich. Es sind die Unternehmer mit der derzeitigen Lösung nicht glücklich. Es sind die Taxifahrer, im Übrigen, auch noch nicht glücklich. Von den Menschen mit Behinderung haben wir schon gesprochen und auch das Thema von Einsatzfahrzeugen schlägt dort auf. Das heißt, jedes Mal, wenn ich auf den Kaiser-Josef-Platz komme, und da glaube ich, dass dann in der Studie gar nicht viel anderes herauskommt, entdecke ich nie jemanden, der sagt, bitte macht ihr da auch weiterhin den Markt und ich möchte noch einmal anmerken, dass wir in der Koalition sehr stark darauf gedrängt haben, dass der Kaiser-Josef-Platz in Summe ein ganz, ganz qualitätsvoller, von Autos befreiter Markt sein sollte, der unglaublich stark angenommen wird. Wir haben die Bäume wieder gemacht, die Menschen nehmen das gastronomische Angebot an. Wir müssen sogar darüber nachdenken, wie wir mit dieser gastronomischen Vielfalt und mit, wenn ich so sagen darf, auch mit den Ruhestörungen vor Ort für die Bewohner umgehen, auch das wird uns noch fordern. Aber letzten Endes ist ganz etwas Tolles gelungen und, ich glaube, dass rund um den Kaiser-Josef-Platz auch Zufahrtsmöglichkeiten dringend

gebraucht werden. Ich erinnere nur an das Chaos beim Laden und beim Entladen, das sich auch immer wieder abspielt. Da haben wir auch Lösungen versucht, aber es war eigentlich das Konzept immer mit einer offenen Gasse geplant. Dann kam die Pandemie, das war, glaube ich, sinnvoll, um eben den Markt zu ermöglichen, das auszudehnen. Aber ich plädiere dafür, dass man möglichst schnell wieder zur Eröffnung der Straße kommen und die Dinge berücksichtigen, die ich, aber auch alle anderen jetzt aufgezählt haben (*Allgem. Appl.*).

Ich darf noch fragen, ob es Wortmeldungen gibt? Sonst darf ich die Frau Antragstellerin zum Schlusswort bitten, auch als Bewohnerin?

Kopera:

Die Pandemie ist eines, und dafür haben alle höchstes Verständnis und das ist auch ernst zu nehmen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, unser Antrag geht in die Richtung, aus der Notlösung eben keine Dauerlösung zu machen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde (gegen SPÖ, KPÖ, NEOS, Grün) abgelehnt.

Der Antrag wurde (gegen KPÖ, Grün) mehrheitlich angenommen.

Der Zusatzantrag der SPÖ wurde einstimmig angenommen.

8.2 Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen (GR Eber, KPÖ)

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Die Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen wurden erst vor drei Jahren geändert. Ein wichtiger Punkt, der damals verändert wurde, ist, dass die Voraussetzung für ein Ansuchen dahingehend geändert wurde, dass der Antragsteller für fünf Jahre den Hauptwohnsitz in Graz haben muss. Gleichgestellt diesen Personen sind Personen, die insgesamt 15 Jahre ihren Hauptwohnsitz in Graz hatten. Ziel dieser Regelung war es, so der für den Bereich Wohnen zuständige Vizebürgermeister Eustacchio, Grazerinnen und Grazer bei der Wohnungsvergabe von Gemeindewohnungen zu bevorzugen. Das ist natürlich nachvollziehbar dieser Wunsch. Allerdings gibt es auf der anderen Seite auch Schwierigkeiten für Personen, die nicht gerechtfertigt erscheinen. Nur ein Beispiel dazu: Eine Alleinerzieherin aus Bruck, die 2008 nach Graz gezogen ist, kommt natürlich daher schon nicht auf die 15 Jahre, hat dann aber noch eine Unterbrechung für drei Jahre, von 2014 – 2017 war sie nicht in Graz gemeldet, und kommt auch nicht auf diese fünf Jahre durchgehenden Hauptwohnsitz in Graz. Sie hat also keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung, obwohl Graz für sie natürlich schon lange Lebensmittelpunkt ist und auch soziale und sonstige Kriterien für eine Gemeindewohnung sprechen würden. Interessant in diesem Zusammenhang ist jedenfalls auch die aktuelle Diskussion in München, die seit einigen Monaten nun bereits geführt worden ist und da mittlerweile, glaube ich, zumindest in Vorbereitung ist, Änderung des Punktesystems dort. Denn nach einem Beschluss des Europäischen Gerichtshofes und des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes wurde diese Bestimmung Hauptwohnsitz über fünf Jahre, die haben auch fünf Jahre gehabt, wurde diese Bestimmung gekippt. Das bedeutet oder das Argument war, dass die sogenannte Verweildauer Hauptwohnsitz also nur ein nachgereihtes Kriterium sein darf, sondern dass im Vordergrund stehen müssen die soziale Notwendigkeit bzw. sonstige

Probleme, die sich aus der aktuellen Wohnung ergeben, also z.B. zu kleine Wohnung, feuchte Wohnung usw., dass man da alles auch immer wieder haben. Das bedeutet also, dass nur, wenn diese Kriterien bei unterschiedlichen Personen jetzt gleich sind, dass erst dann sozusagen das Hauptwohnsitzkriterium herangezogen werden sollte und wir sollten uns jedenfalls darauf einstellen, dass wir in Graz diese Diskussion in Zukunft haben werden.

Ich darf daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Der Gemeinderat ersucht den Verwaltungsausschuss Wohnen Graz, einen Entwurf für neue Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Dabei soll insbesondere der Punkt 2.2 abgeändert werden mit dem Ziel, das Kriterium Hauptwohnsitz auf ein Jahr zu verkürzen. Dankeschön
(Allgem. Appl.).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen wurden 2017 vom Gemeinderat mehrheitlich abgeändert. Konkret wurden die Voraussetzungen für ein Ansuchen um eine Gemeindewohnung dahingehend geändert, dass nunmehr der Antragsteller den Hauptwohnsitz durchgehend fünf Jahre in Graz haben muss. Gleichgestellt sind Personen, die insgesamt 15 Jahre in Graz hauptwohnsitzgemeldet waren.

Ziel dieser Regelung ist es, laut zuständigem Stadtrat Vizebürgermeister Eustacchio, Grazerinnen und Grazer bei der Wohnungsvergabe von Gemeindewohnungen zu

bevorzugen. Das ist nachvollziehbar. Allerdings entstehen dadurch auch Schwierigkeiten für Personen, die nicht gerechtfertigt erscheinen.

Ein konkretes Beispiel dazu:

Eine 36-jährige Alleinerzieherin, die 2008 von Bruck an der Mur nach Graz gezogen ist, zwischenzeitlich aber von 2014 bis 2017 in Seiersberg gewohnt hat, kommt weder auf 5 Jahre durchgehenden Hauptwohnsitz noch auf die insgesamt 15 Jahre. Sie hat also keinen Anspruch auf eine Gemeindewohnung, obwohl Graz für sie schon lange Lebensmittelpunkt ist und auch soziale Kriterien für eine Gemeindewohnung sprechen würden.

Interessant in diesem Zusammenhang ist jedenfalls die aktuelle Diskussion in München. Auch dort gab es das Kriterium des Hauptwohnsitzes, nach einem Beschluss des EUGH und des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes wurde dieses allerdings gekippt. Begründet wurde es damit, dass die „Verweildauer“ nur ein nachgereihtes Kriterium sein darf. Das bedeutet, dass nur bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Bedürftigkeit und Dringlichkeit dieses Kriterium zum Tragen kommt. Wir sollten uns jedenfalls darauf einstellen, dass auch wir in Graz diese Diskussion führen müssen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat ersucht den Verwaltungsausschuss Wohnen Graz, einen Entwurf für neue Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Dabei soll insbesondere der Punkt 2.2 abgeändert werden mit dem Ziel, das Kriterium „Hauptwohnsitz“ auf ein Jahr zu verkürzen.

GR Mag. **Sippel:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, geschätzte Kollegen, werte Zuseher via Livestream. Als Ausschussvorsitzender des Verwaltungsausschusses Wohnen Graz muss ich mich natürlich zu diesem dringlichen Antrag auch zu Wort melden. Also ich kann mich insgesamt jetzt dem Eindruck nicht verwehren, dass die KPÖ überhaupt nur mehr in der Vergangenheit lebt. Wenn man da so die letzten Tage und Wochen auch betrachtet, hat man den Eindruck, ihr seids eigentlich fast nur mehr ewiggestrig. Die eine möchte die Urnen am Schloßberg exhumieren und die Denkmäler abtragen, weil irgendetwas in der Vergangenheit nicht passt. Die Nächste möchte ein modernes Stadtgefühl durch die Torpedierung einer wirklich tollen Sommerveranstaltung namens „Summer in the City“ am Karmeliterplatz verhindern. Am besten sperren wir die Stadt überhaupt gleich zu, dass es so ist wie in der Vergangenheit und jetzt kommst du, lieber Kollege Eber, mit einem retrodringlichen Antrag, der darauf abzielt, die Wohnungspolitik der vergangenen Ära wieder zu beleben. Das ist ein Schritt zurück in die Vergangenheit und, glaube ich, nicht zielführend. Und ich kann nur sagen, Gott sei Dank ist die kommunistische Wohnungszuständigkeit überwunden. Gott sei Dank heißt es durch die neuen Richtlinien, die auch ganz am Anfang der schwarz-blauen Zusammenarbeit in dieser Stadt gestanden sind, Gott sei Dank heißt es durch diese neuen Richtlinien „Grazer zuerst“ und das ist gut so. Und, lieber Manfred, wenn man das durchdenkt, dann willst oder will die KPÖ mit diesem Antrag anscheinend wieder zurück zu überfüllten Wartelisten und langen Wartezeiten. Ihr wollt mit diesem Antrag wieder anscheinend auch ethnischen Konflikten Tür und Tor öffnen, die jahrelange verfehlte Zuweisungspolitik habt auch ihr mitverursacht. Die KPÖ möchte wieder die Wohnungsvergabe zum Almosen werden lassen, um billig Stimmen fangen zu können und letztlich wollt ihr mit diesem retrodringlichen Antrag auch wieder eine Reduzierung des Angebotes festmachen, nämlich, dass es nicht die Möglichkeit gibt, beispielsweise für Studenten, für Senioren oder Jungfamilien auch in den städtischen Wohnbau einzuziehen. Das ist alles nicht zeitgemäß, deshalb kann ich guten Gewissens sagen, sodass es auch die Kommunisten verstehen, njet (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen über den Livestream und vor allem lieber Manfred. Vielen Dank für deinen Antrag. Ich sehe das wenig überraschend völlig anders als der Kollegin Sippel und werde das ausführen: Wir reden hier über eine wirklich große Ungerechtigkeit. Eine Ungerechtigkeit, die im Jahr 2017 angefangen hat, nämlich als von Schwarz-Blau hier im Gemeinderat beschlossen wurde, dass man fünf Jahre in Graz gemeldet sein muss, um Anspruch auf eine Gemeindewohnung zu haben. Geflüchtete Menschen haben übrigens nicht einmal nach fünf Jahren Anspruch auf eine Gemeindewohnung und das ist eine weitere riesige Ungerechtigkeit. Reden wir, was ist danach passiert? Wenig überraschend wurde durch diese fünfjährige Meldedauer die Warteliste für Gemeindewohnungen kürzer und kürzer und irgendwann haben Sie, Herr Vizebürgermeister, triumphierend verkündet, dass es jetzt keine Warteliste mehr für Gemeindewohnungen gibt. Und ich möchte an der Stelle fragen, ist es wirklich ein Grund für Triumph oder Stolz? Ist es ein Grund für Triumph oder Stolz, wenn man unzählige Menschen, die eine Gemeindewohnung dringend brauchen würden, vom Zugang auf leistbares Wohnen ausschließt? Die Warteliste ist ja nicht verschwunden, weil wir so unglaublich viele neue Gemeindewohnungen gebaut haben und jetzt alle Menschen, die es brauchen würden, wohnversorgen können. Sondern die Warteliste ist verschwunden eben, eben weil der Zugang von Ihnen so massiv beschränkt wurde. Der Anteil von Gemeindewohnungen in Graz am gesamten Wohnungsangebot ist in den letzten Jahren relativ konstant geblieben, nämlich bei 6 bis 7 %. Ein weiteres Problem, zu dem ich schon einmal einen Antrag hier im Gemeinderat gebracht habe und das Sie einfach geleugnet haben, ist das Problem der Meldelücken. Es gibt nämlich Menschen, die schon fünf Jahre durchgehend in Graz gelebt haben, aber aufgrund von Wohnungslosigkeit und prekären Lebenssituationen Meldelücken haben und die haben auch keinen Anspruch auf Gemeindewohnungen. Und das sind gerade Menschen, die sich besonders schwer tun, am privaten Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Und als ich das hier im Gemeinderat eingebracht habe, haben Sie so getan, als ob es das Problem einfach nicht geben würde. Und da möchte ich Sie

noch einmal dazu aufrufen, setzten Sie sich mit MitarbeiterInnen der Wohnungslosen-Einrichtungen zusammen. Alle werden Ihnen bestätigen, es gibt dieses Problem (*Allgem. Appl.*). Aber wir sind ja noch nicht fertig mit der Geschichte der Ungerechtigkeiten. Die nächste große Ungerechtigkeit folgt im März mitten in der Corona-Krise am Höhepunkt der Corona-Krise. Mittlerweile hat ja die Fünfjahre-Melddauer zwar zum Leerstand im Grazer Gemeindewohnungen geführt. Und was tun Sie am Höhepunkt der Corona-Krise? Wo es absehbar ist, dass es viele, viele Menschen geben wird, die in Armut rutschen werden, die unter großen Einkommensverlusten leiden werden und eben dringend auf Gemeindewohnungen angewiesen sein werden. Am Höhepunkt der Corona-Krise haben Sie die Einkommensgrenzen für einen Zugang zur Gemeindewohnungen angehoben, noch einmal deutlich angehoben.

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.

Wutte:

Das heißt, eine Person mit einem Einkommen von 2.900 Euro netto kann jetzt eine Gemeindewohnung beantragen und ich möchte wirklich alle hier Anwesenden fragen, seien Sie ehrlich zu selbst, finden Sie das gerecht? Wir können die Einkommensgrenzen für Gemeindewohnungen anheben, aber erst dann, wenn wir die wohnversorgt haben, die Gemeindewohnungen am dringendsten brauchen würden. Aber all diese Menschen auszuschließen und dann die Einkommensgrenzen anzuheben, das widerspricht wirklich völlig dem Grundgedanken von dem, wofür sozialer Wohnbau einmal ursprünglich gedacht war. Ich finde das wirklich ein politisches Armutszeugnis die Maßnahmen, die Sie die letzten drei Jahre in dem Bereich gesetzt haben. Ich kann deswegen wirklich an alle, die da sind, nur appellieren, dass Sie dem dringlichen Antrag zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Bauer:

Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Die Wohnungszuweisung und -Richtlinie hat uns schon öfters beschäftigt und ich denke, die Positionen, die hier gesagt wurden und dargelegt wurden, sind Positionen, die weit links und weit rechts liegen. Ich glaube hier, die Wahrheit liegt in der Mitte. Das ist eine für das Wollen und das steht für die Sozialdemokratie. Wir wollen ein Zugang, einen breiten Zugang zu den Gemeindewohnungen. Die Vorrednerin hat hier angesprochen die Anhebung der Einkommensgrenzen, das haben wir befürwortet und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Das sind die Einkommensgrenzen der Landeswohnbauförderung und wir halten das für sinnvoll und notwendig, dass hier auch die gleichen Einkommensgrenzen gelten wie auch sonst für Unterstützungsmaßnahmen im Wohnbereich des Landes. Die Kollegin hat angesprochen von den Grünen, dass die fünf Jahre überbordend sind, dir Antragsteller, da stimme ich dem zu. Die Fünfjahreshürde ist wirklich überbordend und die 15 Jahre noch ganz, ganz schwieriger zu erreichen, denn es trennt die Menschen, die in unserer Stadt leben. Die Grazerinnen und Grazer sind in zwei Gruppen. Die einen, die kürzer da sind und die anderen, die länger da sind. Und das ist eine Ungleichbehandlung, die wir so sehr, sehr kritisch sehen und auch nicht als sehr sinnvoll erachten. Und insbesondere, wir wissen, dass der städtische Raum auch weitere Versorgungspflichten übernimmt, dass Menschen, die vom Land in die Stadt ziehen, manchmal auch mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, mit sozialen Herausforderungen, es in der Anonymität der Stadt durchaus leichter zu leben ist und diese Menschen fallen aus diesem Bereich heraus. Das ist keine Polarisierung, wie es die FPÖ macht, das ist keine so weite Darlegung, wie ich es vorhin von anderen Rednern gehört habe. Ich glaube, hier ist der Weg der Mitte der wichtige. Die Gemeindewohnungen haben einen Versorgungsauftrag und der muss durch die Richtlinie gewährleistet sein. Der Letztstand wurde auch noch angesprochen. Ich habe selbst schon den Letztstand debattiert im Gemeinderat, die hohen Leerstandskosten. Sie kommen auch aus strukturellen Bedingungen, wie die Gemeindewohnungen aufgestellt sind. Hier ist absoluter Verbesserungsbedarf da. Der Herr Stadtrat kann hier durchaus tätig werden,

das sehen wir. Wir unterstützen deinen Antrag, Kollege Eber, die fünf und 15 Jahre, die hier dargelegt sind, sind zu überprüfen, zu ändern und abzuändern. Dankeschön
(Allgem. Appl.).

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Danke, dass auch diese Klarstellung jetzt gekommen ist von Frau Gemeinderätin Bauer, weil die Anpassung der Landesvorgabe war einfach, glaube ich, ganz, ganz wichtig, damit es im Land Steiermark wenigstens eine einheitliche Regelung gibt. Die Gesamtregelungen in Österreich gibt es ja nicht und so ist ja in jedem Bundesland eine andere Geschichte da geschehen und vielleicht auch noch, ganz wichtig, wir lassen keine Wohnungen leer stehen, aber man braucht in etwa, das ist jetzt nur die Fachmeinung vom Wohnungsamt und Wohnungsbereich, man braucht in etwa 1 % Leerstand, weil es immer wieder um Brauchbarmachung geht und um die Qualitäten, weil wir wollen ja haben, dass die Menschen, die von uns eine Gemeindewohnung bekommen, sie auch in einem Zustand vorfinden, in dem man wirklich gerne drinnen wohnen möchte. Das heißt, dass es zurzeit einen Leerstand gibt, dann ist es immer zurückzuführen auf die Umbauten und diese Brauchbarmachung, die es wieder geben kann und möchte auch darauf verweisen, dass wir auch ein Konzept gewählt haben, in dem nicht nur eine Liste ewig fortgeschrieben wurde, weil wir haben ja manchmal auch anrufen lassen und da haben viele Menschen gesagt, ich bin schon längst wohnversorgt, wundert mich, dass ich noch auf dieser Liste gestanden habe. Aber es gibt jetzt auch Neubauten, die wir jetzt letzten Endes auch schaffen, um jungen Grazerinnen und Grazern eine Chance zu geben und das sind dann diese Starterwohnungen, die auch für Familien gelten werden. Auch darauf sollten wir heute auch hinweisen. Aber der Antragsteller hat jetzt auch das Schlusswort. Ich darf darum ersuchen.

Eber:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Zunächst herzlichen Dank an SPÖ und Grüne für die zu erwartende Zustimmung zu diesem Antrag, der leider keine Mehrheit finden wird. Ich möchte aber schon eines noch sagen: Freiheitliche Wohnungspolitik ist eine tatsächlich rückwärtsgewandte Politik des Vergessens und Verdrängens. Es ist gelungen, die Wartezeiten radikal zu verkürzen, aber um welchen Preis? Um den Preis, dass immer mehr Menschen, die eine Wohnung brauchen, eben nicht mehr anspruchsberechtigt sind, eine Gemeindewohnung zu erhalten. Und das ist das eigentliche Problem, dass nämlich mit der Verkürzung von Wartezeiten, mit der Verkürzung von Wartelisten sozusagen kein einziger Mensch, keine einzige Familie in der Stadt wohnungsversorgt wird, sondern im Gegenteil, sie werden auf den freien teuren Markt gedrängt und genau deshalb wäre das Ziel eben nicht oder ist das Ziel, dass man zusätzliche Gemeindewohnungen natürlich immer baut und eben auch jetzt schon natürlich die Vorsorge trifft, was die Grundstücke anbelangt und darauf auch schaut natürlich, dass man entsprechend zu neuen Gemeindewohnungen kommt. Das wäre einfach notwendig. So ist es derzeit leider so, dass natürlich da noch, nachdem das natürlich viele Jahre dauert vom Grundstücksankauf bis zur Errichtung von Gemeindewohnungen, ist es natürlich jetzt so, dass man sozusagen die Projekte aus der Vergangenheit jetzt einmal übergeben kann, aber wir müssen natürlich gleichzeitig auch, weil das auch angesprochen worden ist, jetzt schon schauen, dass man zu neuen Grundstücken und in der Folge dann zu neuen Wohnungen kommen. Was die Ungleichbehandlung anbelangt, es ist tatsächlich so. Die Frage stellt sich ja, ab wann ist man den Grazer? Ist man ab fünf Jahren Grazer, ab 15 Jahren, ab zwei Jahren? Ich glaube, einfach jeder Mensch, der in dieser Stadt wohnt oder lebt und eine Wohnung braucht, den muss man über kurz oder lang natürlich auch einen Zugang zu einer solchen gewähren. Von daher dieser dringliche Antrag. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl:**

Und zur Klarstellung. Es ist keine Ungleichbehandlung, wenn alle Menschen, die in dieser Stadt wohnen, fünf Jahre darauf warten müssen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

8.3 Überziehungszinsen (GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Werte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Es ist unbestritten, die letzten Monate waren schwer für viele Menschen. Für manche mehr und für manche weniger. Ganz besonders, was die finanzielle Belastung betrifft. Mit März ist die Arbeitslosenzahl auf mehr als eine halbe Million gestiegen. Ein historischer Höchststand. Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigte, deren Arbeitszeiten gekürzt wurden, sowie Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kunst- und Kulturschaffende, deren Einkommen auch jetzt noch stark eingeschränkt sind oder gar ganz ausfallen. Dies führt unweigerlich dazu, dass die Bevölkerung sich das tägliche Leben nicht mehr leisten kann und in der Folge ihr Konto überzieht, um wichtige lebensnotwendige Ausgaben bestreiten zu können. Darüber hinaus werden zahlreiche Österreicherinnen und Österreicher jetzt in die Lage kommen, ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen zu können. Den Bürgerinnen und Bürgern wird auf vielen Servicestellen geraten, sich in ihrer Bank, Bausparkasse, Leasinggesellschaft oder Kreditkartenfirma zu melden und mit dem zuständigen Betreuer oder Betreuerin zu verhandeln. Im Näheren sehen die gesetzlichen Maßnahmen ein gesetzliches Stundungsrecht von Zahlungen vor, die im Zeitraum vom

1. April bis 30. Juni 2020 aufgrund eines Verbraucherkreditvertrages zu leisten sind. Das bedeutet, dass im Bedarfsfall Pauschalraten, Kapitalrückzahlungen oder Zinszahlungen zur Gänze für drei Monate ausgesetzt werden können. Verkürzt bedeutet das, dass die Zahlungen auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben werden und die Laufzeit des Kredits sich um drei Monate verlängert. Im besten Fall kann man also mit der Stundung rechnen, aber die Zinsen laufen im Normalfall weiter. Man kann zwar über Zinssenkungen verhandeln, aber es liegt in der Hand der zuständigen Bank, ob sie sich darauf einlässt oder nicht. Besonders hart trifft ein finanzieller Engpass jene, die ein Girokonto überziehen, denn üblicherweise müssen sie mit Überziehungszinsen von bis 13 % rechnen. Beispielsweise zahlt man bei der Raiffeisenbank einen Überziehungszinssatz von 12,85 % oder 12,75 % bei der Ersten Bank. Aus der Sicht KPÖ wäre es daher dringend nötig, eine gesetzliche Obergrenze für Überziehungszinsen festzulegen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, an die Bundesregierung sowie den Bundesgesetzgeber heranzutreten und folgende Maßnahmen einzufordern:

1. Die Kredit- als auch die Überziehungszinsen sollen bis zum Jahresende per Gesetz ausgesetzt werden.
2. Gesetzliche Begrenzungen und Überziehungszinsen von Girokonten bei 5 % über dem Zentralbanksatz als Leitzins.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Es ist unbestritten: Die letzten Monate waren schwer für viele Menschen. Für manche mehr, für manche weniger, ganz besonders, was die finanzielle Belastung betrifft.

Mit März ist die Arbeitslosenzahl auf mehr als eine halbe Million gestiegen, ein historischer Höchststand. Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigte, deren Arbeitszeiten gekürzt wurden, sowie Ein-Personen-UnternehmerInnen und Kunst- und Kulturschaffende, deren Einkommen auch jetzt noch stark eingeschränkt sind oder gar ganz ausfallen.

Dies führt unweigerlich dazu, dass die Bevölkerung sich das alltägliche Leben nicht mehr leisten kann und in der Folge ihr Konto überzieht, um wichtige lebensnotwendige Ausgaben bestreiten zu können. Darüber hinaus werden zahlreiche ÖsterreicherInnen jetzt in die Lage kommen, ihre Kreditraten nicht mehr bezahlen zu können.

Den BürgerInnen wird auf vielen Serviceseiten geraten, sich in ihrer Bank, Bausparkasse, Leasinggesellschaft oder Kreditkartenfirma zu melden und mit dem zuständigen Betreuer bzw. der Betreuerin zu verhandeln. Im Näheren sehen die gesetzlichen Maßnahmen ein gesetzliches Stundungsrecht von Zahlungen vor, die im Zeitraum von 1. April bis 30. Juni 2020 aufgrund eines Verbraucherkreditvertrages zu leisten sind. Das bedeutet, dass im Bedarfsfall Pauschalraten (Rate inklusive Tilgungs- und Zinszahlungen), Kapitalrückzahlungen oder Zinszahlungen zur Gänze für drei Monate ausgesetzt werden können.

Verkürzt bedeutet es, dass die Zahlungen auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben werden und die Laufzeit des Kredits sich um drei Monate verlängert.

Im besten Fall kann man also mit einer Stundung rechnen, aber die Zinsen laufen im Normalfall weiter. Man kann zwar auch über eine Zinssenkung verhandeln, aber es liegt in der Hand der zuständigen Bank, ob sie sich darauf einlässt oder nicht.

Besonders hart trifft ein finanzieller Engpass jene, die ein Girokonto überziehen, denn üblicherweise müssen sie mit Überziehungszinsen von bis zu 13 Prozent rechnen.

Beispielsweise zahlt man bei der Raiffeisen Bank einen Überziehungszinssatz von 12,85 % und 12,75 % bei der Ersten Bank.

Aus Sicht der KPÖ wäre es daher dringend nötig eine gesetzliche Obergrenze für Überziehungszinsen festzulegen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, an die Bundesregierung sowie den Bundesgesetzgeber heranzutreten und folgende Maßnahmen einzufordern:

- 1. Die Kredit- als auch Überziehungszinsen sollen bis zum Jahresende per Gesetz ausgesetzt werden.*
- 2. Eine gesetzliche Regelung soll gewährleisten, dass Überziehungszinsen von Girokonten den Zentralbanksatz (Leitzins) um nicht mehr als 5 % überschreiten dürfen.*

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und SPÖ) abgelehnt.

**8.4 Parkplatzanalyse Graz
(GR Mogel, FPÖ)**

GR Mogel:

Liebe Zuhörer, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Graz ist die am schnellsten wachsende Stadt Österreichs. Das bedingt auch eine Zunahme an privaten Kraftfahrzeugen. Selbst bei einer Erhöhung des Modal Splits zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des nicht motorisierten Individualverkehrs wird sich die absolute Zahl an Privatfahrzeugen nicht wesentlich verringern, eher sogar erhöhen. Die Kosten für einen eigenen Parkplatz sind, vor allem

im Innenstadtbereich, sind so hoch wie nie. Bis zu 130 Euro muss man für einen sicheren Parkplatz in zentraler Lage berappen. Durch diverse Bau- aber auch Kulturprojekte, als Beispiel nehme ich das Kulturprojekt am Ortweinplatz her, verlieren die Grazer wertvolle Möglichkeiten zum Abstellen ihrer Autos. Durch den Wegfall an Parkmöglichkeiten greift die Stadt direkt in die Lebensumstände ihrer Bürger ein. Nicht jeder hat die Möglichkeit, mit dem Fahrrad oder der Straßenbahn zur Arbeit zu fahren. Das bedeutet in der Früh und am Abend deutlich längeren Zeitaufwand, entweder zu seinem Auto zu gelangen oder für die Parkplatzsuche in der Nähe seiner Wohnung oder noch ein Missstand, es kommt zu erheblichen Mehrkosten durch einen teuren Parkplatz. Damit Graz für alle, nicht zuletzt auch für den Handel und das Gewerbe eine lebendige und lebenswerte Stadt bleibt, ist es notwendig, für alle Verkehrsteilnehmer Angebote zu schaffen und nicht das Auto aus dem Stadtbild zu verbannen. Die Errichtung von Wohnungen ohne die Berücksichtigung ausreichender Parkplätze führt nicht dazu, dass mehr Grazer ohne Auto da sind, sondern einfach nur mehr Wohnungen ohne Mieter. Eine vorausschauende Planung muss auch ein mögliches Angebot von z.B. günstigen Tiefgaragenplätzen oder Parkplatzversorgung bei neuen Wohnprojekten oder auch, vielleicht als Idee, kleinere Park&Ride-Konzepte in nicht ganz so dezentraler Lage berücksichtigen. Aus unserer Sicht ist es dafür notwendig, eine Erhebung des aktuellen Parkplatzangebotes und vor allem auch des Parkdrucks in den einzelnen Bezirken heruntergebrochen auf die Quartiere zu erhalten. Daher stelle ich im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Verkehrsstadträtin Kahr wird beauftragt, eine Analyse des Parkraumangebotes im öffentlichen Raum durchzuführen und dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2020 zu präsentieren. Folgende Punkte sollen enthalten sein:

- Anzahl der Parkplätze auf öffentlichem Grund in der Stadt Graz, die in den letzten zehn Jahren pro Bezirk dazugekommen oder verschwunden sind

- ein Maß für den Parkdruck, das kann z.B. die durchschnittliche tägliche Parkplatzsuche sein in den einzelnen Quartieren, soll entwickelt und ermittelt werden und dann soll enthalten sein
- eine Prognose über den Mehrbedarf an Autoabstellplätzen auf Quartiersebene für die nächsten zehn Jahre unter Berücksichtigung des zu erwartenden Zuzugs und der damit verbundenen Neuerrichtung von Wohnraum.

Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Graz ist die am schnellsten wachsende Stadt Österreichs. Das bedingt auch eine Zunahme an privaten Kraftfahrzeugen. Selbst bei einer Erhöhung des Modal Splits zugunsten des öffentlichen und des nicht motorisierten Individualverkehrs, wird sich die absolute Zahl an Privatautos in Graz nicht wesentlich verringern, eher sogar erhöhen.

Die Kosten für einen eigenen Parkplatz in Graz sind, vor allem in den Innenstadtbereichen so hoch wie noch nie. Bis zu 130 Euro im Monat muss man in zentralen Lagen für eine sichere Parkmöglichkeit berappen (Quelle Kleine Zeitung online vom 01.07.2020).

Durch diverse Bau- aber auch Kulturprojekte (Ausbau Radweg Conrad-von-Hötzendorf-Straße, Kulturprojekt am Ortweinplatz, uvm.) verlieren die Grazer wertvolle Möglichkeiten zum Abstellen ihres Autos. Durch den Wegfall an Parkmöglichkeiten greift die Stadt direkt in die Lebensumstände ihrer Bürger ein. Viele benötigen das Auto für berufliche Zwecke. Durch den Wegfall von KFZ-Abstellplätzen bedeutet das entweder einen höheren Zeitaufwand morgens und abends bei der Parkplatzsuche oder erhebliche Mehrkosten durch eine Parkplatzmiete, wobei das Angebot an mietbaren Parkplätzen vor allem in Innenstadtnähe begrenzt ist. Nicht jeder hat die Möglichkeit, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Verkehr sein mobiles Auslangen zu finden.

Um eine für alle lebenswerte und lebendige Stadt auch in den innerstädtischen Bezirken zu bleiben, ist es notwendig, für alle Verkehrsteilnehmer Angebote zu schaffen. Nicht nur der Innenstadt-Handel wird davon profitieren. Eine Stadt und damit auch den Handel zu beleben, werden wir nicht damit erreichen, den motorisierten Individualverkehr aus dem Stadtbild zu verbannen, indem wir nach und nach sämtliche Parkplätze entfernen. Die Errichtung von neuem Wohnraum ohne Berücksichtigung ausreichender Parkplätze wird nicht zu mehr Grazern ohne Auto, sondern zu mehr Wohnungen ohne Mietern führen.

Eine vorausschauende Planung muss auch das Angebot von z.B. günstigen Tiefgaragenplätzen, Parkplatzvorsorge bei neuen Bauvorhaben oder kleinerer P&R-Anlagen nicht nur am Stadtrand, mitberücksichtigen. Aus unserer Sicht ist dafür eine Erhebung des aktuellen Parkangebots und des Parkdrucks in allen Bezirken heruntergebrochen auf die Quartiere notwendig.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird beauftragt, eine Analyse des Parkraumangebots im öffentlichen Raum durchzuführen und dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2020 zu präsentieren, das folgende Punkte enthält:

- Anzahl der Parkplätze auf öffentlichem Grund in der Stadt Graz, die in den letzten 10 Jahren pro Bezirk dazugekommen und auch weggefallen sind*
- ein Maß für den Parkdruck (z.B. Dauer der durchschnittlichen täglichen Parkplatzsuche) in den einzelnen Quartieren soll entwickelt und ermittelt werden*

- *eine Prognose über den Mehrbedarf an Autoabstellplätzen auf Quartiersebene für die nächsten 10 Jahre unter Berücksichtigung des zu erwartenden Zuzugs und der damit verbundenen Neuerrichtung von Wohnraum.*

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (15.58 Uhr).

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzende, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher am Livestream, lieber Antragsteller, lieber Berno. Dieser Antrag der sogenannten autofairen Partei hat eine sehr einseitige Ausrichtung, wenngleich beim ersten Hinhören vielleicht einige Ansätze ein wenig plausibel klingen. Aber nur beim ersten Hinhören. Es ist sicher richtig, dass im wachsenden Graz und speziell im innerstädtischen Raum, und da vor allem in den sechs Stadtbezirken, der Parkdruck immer größer wird und dass auf gut österreichisch etwas getan werden muss und die Lösung liegt aber sicherlich nicht darin, einzig und allein die Anzahl der Parkplätze zu erhöhen. Weil das würde ja einerseits den Zielen des Modalsplits widersprechen und vernichtet andererseits öffentlichen Raum, der für die Grazer und Grazerinnen oder von den Grazern und Grazerinnen durch andere Mobilitätsformen genutzt werden möchte. Die Stadtfläche ist nun einmal nicht vermehrbar und selbst wenn man jede Menge Tiefgaragen bauen würde, ist das nicht der Stein der Weisen. Denn die Autos würden ja nicht dauernd unter der Erde stehen, sondern sie sind auch im Straßennetz unterwegs und dieses Straßennetz ist ja auch nicht unendlich weit ausbaubar. Und wenn du, lieber Berno, in deinem Antrag anführst, dass mehr Parkplätze und mehr motorisierter Individualverkehr zu einer lebenswerteren und lebendigen Innenstadt führt, dann muss ich fast annehmen, dass du deinem Klubobmann namens Sippel in das Lager der Autofetischisten gefolgt bist. Also das würde mich schon sehr wundern. Was heißt das? Eine Parkplatzanalyse ist vielleicht ein kleiner, aber nicht das vorrangige Puzzleteil und es geht vor allem nicht

um die Vermehrung der Zahl der Parkplätze, sondern um ein verträgliches Vermindern. Du hast natürlich Recht, wir werden AnrainerInnenparkplätze brauchen, aber wir von der SPÖ stehen für Maßnahmen, die es ermöglichen, dass einerseits nicht jeder Pendler und jede Pendlerin mit dem KFZ in die Stadt fahren müssen und wir stehen für Maßnahmen, die das Mobilitätsdenken innerhalb der Stadt ändern. Etwa durch das Forcieren von Carsharing-Modellen. Am Ende des Tages sollten wir eine Stadt entwickeln, in der in Haushalten nicht mehr drei, vier Autos vorhanden sind. Es sollte vielleicht sogar das Ziel sein, eine Verkehrslage zu schaffen, dass die Haushalte sogar auf Autos verzichten können und da hat Kopenhagen schon einen sehr guten Weg vorgezeigt, den es sich lohnt, sich anzusehen. Also mit einer Parkplatzanalyse werden wir so gesehen nur auf der Stelle treten. Die Stadt um nichts bewohnerfreundlicher, lebenswerter oder lebendiger machen. Wohin wir uns aber bewegen sollten, zu einem grundsätzlichen Umdenken bei der Mobilität, also zu einer Mobilitätswende. Und daher sagen wir nein zur Dringlichkeit und auch nein zum Inhalt (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Bevor ich zu meinen argumentativen Ausführungen komme, würde ich gerne ein paar Zahlen hier Ihnen mitteilen, und zwar laut VCÖ ist die Raumaufteilung vom ruhenden Verkehr in Graz folgende: 92 % des öffentlichen Raumes gehören bereits dem Auto. Die restlichen 8 % können sich Rad- und Fußverkehr aufteilen. Also das ist die Ist-Situation, während der Modalsplit so ist, dass 34,1 % sich mit dem Auto fortbewegen oder motorisierter Individualverkehr sind, während 36,6 % sich mit Rad- und Fußverkehr fortbewegen. Also da ist schon einmal riesige Diskrepanz in der fairen Aufteilung vom öffentlichen Raum. Und wenn man sich dann so den dringlichen Antrag durchliest von euch, dann liest sich das so, also wäre steigender Autoverkehr einfach ein unabwendbares Naturgesetz. Wir wissen jedoch, wir alle, dass das Verkehrsverhalten politisch steuerbar ist und es ist auch kein Geheimnis, dass ich die Verkehrspolitik bzw. Verhinderungspolitik dieser Koalition gegenüber jeglicher fairen Aufteilung von öffentlichem Raum nicht nur als kritisch, sondern als schwer fahrlässig

betrachte. Die letzten beiden Gemeinderatssitzungen, mein Vorredner Muhr hat das eh schon angesprochen, hat sich die FPÖ ja immer klarer als Autofahrerpartei und Autolobby positioniert. Die Begründung vom Kollegen Sippel ist mir schon sehr prägnant in Erinnerung geblieben, weil er halt ein Autofan und er fährt halt gerne mit dem Auto. Das ist ok so, weil die Hobbys von jeder Einzelperson hier herinnen, sind mir, ehrlich gesagt, ziemlich egal. Aber es geht schon darum, auf Basis welcher Interessen macht man hier herinnen Politik für eine ganze Stadtbevölkerung? Und wenn man sich dann anschaut, dass die Autofahrerpartei völlig außer Acht lässt, dass der Autoverkehr der Hauptverursacher vom Feinstaub ist, dass Autoverkehr einfach absolut klimaschädlich ist, während wir gerade mit vollem Karacho in die Klimakrise reinrasseln. Es ist ungesund, weil sich die Leute nicht bewegen bei der Mobilität. Der öffentliche Raum wird, wie gesagt, zu 92 % vom Auto eingenommen in Graz und es ist auch viel gefährlicher für andere ungeschützte Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen und ihr positioniert euch als Autolobby-Partei, nur weil ihr gerne selber mit dem Auto in Graz herumfährt und das finde ich schon sehr mutig, sagen wir einmal. Und da frage ich mich schon auch...

*Zwischenruf GR **Sippel**: 70.000 Arbeitsplätze.*

Ussner:

... auf welcher Basis, also auf Basis eurer Politik, welche Visionen ihr für die Stadt habt? Parkplätze und mehr Parkplätze und mehr Blech. Und wir sehen die Dringlichkeit einer Parkplatzanalyse nicht. Wir sehen, viel dringlicher wäre es, grüne Meilen in Graz zu schaffen, Kühlung für Graz zu schaffen, Begrünung für Graz zu schaffen, Platz zu schaffen, damit die Leute sich überhaupt sicher mit dem Fahrrad und zu Fuß fortbewegen können. Da ich aber davon ausgehe, dass dieser Antrag wahrscheinlich mit den Stimmen von ÖVP gemeinsam durchgeht, muss ich sagen, ich bin trotzdem sehr gespannt auf den Ausgang dieser Parkplatzanalyse, weil Analysen, die ich kenne

teilweise, besagen, von der FGM, besagen, dass die Parkgaragen teilweise sehr leer stehen, weil sie viel teurer sind, die Leute lieber fünf Runden mit dem Auto fahren, um an der Oberfläche einen Parkplatz zu finden. Also eine logische Konsequenz könnte dann z.B. sein, die Parkplätze an der Oberfläche zu verteuern und die Öffis dafür billiger zu machen. Unsere Vision wäre einfach eine grüne Stadt mit grünen Meilen, mit einer sauberen Luft und mit einer aktiven gesunden Mobilität, die auch dem Klimaschutz dient. Deswegen von unserer Seite natürlich keine Zustimmung. Danke (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Danke. Ich hätte Sie gerne schon ein bisschen zum Abschluss gerufen, aber das Mikrophon hat bei mir jetzt versagt.

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Du hast, lieber Berno, in deinem Antrag da drei Punkte markiert sozusagen, die du da gerne behandelt haben möchtest. Meine beiden Vorredner, Vorrednerinnen haben ja bereits schon einiges inhaltlich dazu auch gesagt. Ich möchte da jetzt in erster Linie noch ein paar Zahlen sozusagen (*lacht*) nachlegen. Was die Anzahl der Parkplätze auf öffentlichem Grund in Graz anbelangt, also da wird wahrscheinlich jetzt niemand eine Antwort geben können, weil natürlich ändert sich das einerseits ständig, andererseits wer soll die alle zählen? Also wir haben hunderte Kilometer Straßen in Graz. Das wäre natürlich ein Großprojekt fast, das alles zu erheben. Sehr wohl erhoben wird allerdings, und das schon seit Jahren und in regelmäßigen Abständen, die Parkplatzsituation sozusagen in den blauen und grünen Zonen. Da kann ich z.B. eine Zahl nennen: 25.789 Parkplätze in grünen und blauen Zonen gibt es. Das ist für mich sehr interessant, dass sich diese Zahl seit zehn Jahren eigentlich relativ konstant bewegt. Es gibt da immer wieder nach oben und nach unten ein paar kleinere

Bewegungen, aber im Wesentlichen ist die Zahl sehr konstant. Darüber hinaus gibt es noch 1.850 Park & Ride-Parkplätze und über 8.600 Stellplätze in öffentlichen Tiefgaragen, die natürlich hauptsächlich dann eher innerstädtisch angeordnet sind. Sehr interessant habe ich gefunden bei dieser Evaluierung, die immer gemacht wird und die jetzt auch im Herbst wieder vorliegen und im Verkehrsausschuss selbstverständlich präsentiert werden wird, ist, dass die Auslastung, und das betrifft natürlich auch den Parkplatzdruck, dass die Auslastung von 2010 bis heute, also in den vergangenen zehn Jahren, sogar leicht gesunken ist. Nämlich in den blauen Zonen von 67 % auf 64 %, in den grünen Zonen von 50 % auf 47 %. Das heißt natürlich nicht, dass es nicht manche Bereiche gibt, also wo man eine fast ständige 100 %-ige Auslastung haben, kennt wahrscheinlich jede und jeder, der mit dem Auto unterwegs ist (*lacht*).

Eine Zahl vielleicht noch zum Abschluss. Interessant ist, es gibt in diesem Bereich der blauen und grünen Zonen auch insgesamt 520 sogenannte §-29-B-Parkplätze, das sind die Behindertenparkplätze, weil die wir uns da vorher kurz unterhalten haben, und diese beiden Phänomene sozusagen, nämlich sinkende Auslastung einerseits, andererseits aber auch ein gewisser Trend hin zu Ausnahmegenehmigungen führt natürlich auch dazu, dass die Einnahmen aus den bewirtschafteten Parkplätzen im vergangenen Jahr leicht gesunken sind. Wir werden, nachdem einerseits bestimmte Daten ja ohnehin ...

Zwischenruf StR Riegler: Bitte zum Schluss kommen.

Eber:

jawohl, andererseits (*lacht*) es also äußerst schwierig ist, gerade was die Zehnjahresprognose anbelangt, kann man natürlich ohne die Stadtplanung auch nicht machen, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne, NEOS) angenommen.

GR Mag. **Kuhn:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte ZuseherInnen. Wir haben schon über das Thema Platz in der Stadt, die Platzverteilung gesprochen, die Platzaufteilung zwischen RadfahrerInnen, FußgängerInnen, AutofahrerInnen. Die Kollegin Ussner hat das schon angesprochen, dass das ungleichmäßig verteilt ist. Ein wichtiger Aspekt, und der wird ja auch im Antrag angesprochen, das sind Kunst und Kultur, die im öffentlichen Raum Platz haben sollen, ja müssen. Also das heißt, dass wir Dinge oder Kunst oder Kulturprojekte wie La Strada fördern sollten, müssen, damit eben Kunst im öffentlichen Raum mehr Platz hat zur Auseinandersetzung, zum politischen Diskurs und damit Leute auch einen guten freien, öffentlichen Zugang haben. Da wird auch der Ortweinplatz angesprochen, weil es auch dort ein Kunstprojekt gibt. Der Ortweinplatz sollte ja eigentlich nach Verordnung schon ein Grünraum sein. Die Kollegin Tamara Ussner hat das schon öfters mit Initiativen angesprochen, warum der noch nicht umgesetzt ist. Es ist sehr interessant, auch der Bezirksrat Jakomini, da gab es immer wieder Diskussionen darüber und Wünsche wurden deponiert, dass dieser Platz eben dem Flächenwidmungsplan entsprechend zur Grünfläche endlich wird. Ein Thema auch noch, Wirtschaft und Handel, Einzelhandel. Es gibt nun Studien und auch der VZÖ sagt das ja, dass sehr wohl die Geschäfte von Fußgängerzonen, Fußgängerinnenzonen profitieren, die Leute, wenn es Cafés gibt, wenn es Raum zum Flanieren gibt, da sehr wohl sich niederlassen, dort auch einkaufen, stehenbleiben, auch RadfahrerInnen, die also diese Zonen benützen, um dort ein einzukaufen, um dort zu verweilen. Und man kann auch in Europa, man kann auch über den Tellerrand schauen, sehr wohl gibt es genug Städte, wo man sehen kann, dass FußgängerInnenzonen sehr wohl angenommen werden und auch stark genutzt werden. Aus dem Grunde finden wir natürlich, dass der dringliche Antrag, dass wir dem nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR Dr. **Meister:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtssenatsmitglieder. Ich erlaube mir am Anfang, ein bisschen polemisch zu sein. Ich

habe mir, wie ich jung war, manchmal gedacht, die Generation meines Vaters die wäre besser konstruiert worden, wenn man ihnen statt der Beine einen Verbrennungsmotor mit Rädern angebracht hätte, weil sie sind jede Strecke, und wenn nur von zwei-, dreihundert Metern, mit dem Auto gefahren. Die sind alle schon tot. Meistens verstorben an Stoffwechselkrankheiten, Herzinfarkt, manche auch an Raucherbein usw., was nicht unbedingt mit dem Fahren zu tun hat. Das Zweite ist, dass ich selbst dreifaltig bin in meinem Verkehrsverhalten. Ich fahre überwiegend mit dem Fahrrad, aber auch mit dem Auto und gehe zu Fuß. Dabei habe ich die interessante Erfahrung gemacht, dass ich meine ca. sieben Kilometer lange Strecke von und zur Arbeit, von Zuhause am schnellsten mit dem Fahrrad zustandebringen und mit dem Auto nicht auf Parkplatzsuche Zeit vergeude, sondern wenn ich in der Früh um 8.00 Uhr in der Ordination sein muss, dann stehe ich im Stau. Aus diesem Grunde ist diese ganze Debatte um Parkplätze, glaube ich, nicht unbedingt sehr sinnvoll und warum ich das besonders irgendwie fies finde diesen Antrag, ist, man möchte dringend benötigte Arbeitskraft des Verkehrsreferats und der Beamten dort für eine Studie verwenden, die nichts bringt. Und von anderen, die Arbeitskraft dieser Leute von anderen Aufgaben, die sehr dringend sind, abziehen und deshalb lehne ich ganz entschieden diesen Antrag ab (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Antragsteller. Man kann das, sogar wenn man das ganz losgelöst sich von insgesamt, wo man mit der Verkehrspolitik hinmöchte in Graz, pragmatisch runterbrechen. Jedes Jahr wird eine Parkplatzerhebung gemacht und dieser Bericht liegt auch immer uns vor. Jede Partei, die hier vertreten ist, hat einmal einen Verkehrsstadtrat gehabt oder -stadträtin und weiß das auch. Und das ist auch gut so. Man braucht diese Befundung, um zu wissen, wie die Situation der Freiflächen in einem Bezirk für die Parkplätze ausschaut, um auch entsprechend steuern zu können. Wir brauchen mehr, wie wir heute schon gehört haben, Behindertenparkplätze, wir brauchen oft mehr Ladetätigkeit, immer mehr

Gastgärten entstehen, die oft auch mitunter die Parkplätze wegnehmen. Wir brauchen immer mehr Fahrradabstellplätze, die auch auf Kosten des Parkplatzes gehen. Da muss man natürlich wissen, in welchen Quartieren, in welchen Zonen, und das ist der springende Unterschied, haben die Bewohner vor allem einen Parkplatzdruck. Weil für mich als Verkehrsstadträtin ist immer ganz wichtig zu sehen, hat der Bewohner und die Bewohnerin in dem Stadtteil, wo sie lebt, noch eine entsprechende Chance, für die Ausnahmegenehmigung, für die sie ja auch zahlen, überhaupt noch einen Parkplatz zu finden. Und da ist, wie mein Kollege Manfred Eber schon vorhin die Zahlen genannt hat, die Situation interessanterweise gar nicht so schlecht, trotz Parkplatzwegfall von den Bereichen, wo Sie vorhin schon gesagt habe. Und ich sehe persönlich einen Handlungsbedarf und ich mache das gerne und unabhängig; selbst wenn der Antrag nicht angenommen worden wäre, wird ja im September, Oktober spätestens, können wir diese Zahlen euch im Verkehrsausschuss, wenn es Sie interessiert, auch bringen. Also diese Parkplatzerhebungszahlen können wir gerne bringen und ich würde mir wünschen, Unterstützung zu bekommen hier im Haus, wenn es darum geht, für die Bewohner, weil das sind ganz wenige Straßenzüge, wo ein gewisser Druck aus meiner Sicht für Anrainer vorherrscht, dass wir da für die AnrainerInnen explizit Anwohnerparken gemeinsam, zumindest einmal für ein Jahr, befristet einmal probieren könnten. Weil das wäre eigentlich die wichtigste Maßnahme, die sich auch die Bewohner wünschen würden. Das weiß ich aus den Erfahrungen der letzten Jahre. Zum Punkt 3., sehr geehrter Herr Gemeinderat Mogel, muss ich einfach schlichtweg sagen, auch wenn das jetzt beschlossen wird hier mehrheitlich, das werden wir 1:1 an die Stadtentwicklung und Stadtplanung weiterreichen müssen, weil das nicht unsere Aufgabe ist (*Allgem. Appl.*).

Mogel:

Ganz kurz nur. Ich will jetzt auch gar nicht auf die einzelnen Wortmeldungen eingehen. Uns geht es nicht darum, Parkplätze grundsätzlich zu vermerken. Es geht uns darum, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben, gleichberechtigt behandelt zu werden.

Verkehrspolitik kann nicht sein, einfach Parkplätze zu streichen. Das ist zu wenig. Wenn ich so eine Analyse habe, geht es genau darum zu schauen, was Bewohner, was die wirklich brauchen, ob sie es an der Oberfläche brauchen, ob sie es in Garagen brauchen, wie entwickelt es sich weiter. Das soll das Ziel einer solchen Studie sein und jetzt nicht grundsätzlich nur das Vermehren von Parkplätzen. Um das ging es mir nicht. Mir geht es darum, wirklich planen zu können und zu schauen, wo brauche ich wirklich Parkplätze, wo kann ich was anderes hintun, wo kann ich ein anderes Angebot anbieten und das soll eigentlich die Basis sein, wo auch diese Studie dazu notwendig ist. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) angenommen.

8.5 Gesundheits- und Klimakrise eröffnen der Stadt Graz Chancen für die Verkehrswende (GR Dreisiebner, Grüne)

GR Dreisiebner:

Vielen Dank Herr Stadtrat Riegler. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Stadtregierungsbank, liebe GemeinderatskollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream. Ich darf vielleicht noch nachtragen, weil der Herr Dr. Riegler leider nicht erwähnt hat, dass der letzte Antrag nur mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen worden ist und gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ, KPÖ und Grüne, weil Sie das sehen können, wollte ich das noch vervollständigen (*Allgem. Appl.*). Wir sind in Zeiten, wo sehr vieles nicht so läuft, wie 2020 ursprünglich von vielen Menschen, sei es daheim, privat, sei es auf den Arbeitsplätzen, in den Firmen und sei es hier natürlich bei uns im Gemeinderat und in der Stadtregierung, geplant, gedacht, erhofft worden ist. Es hat uns im ersten Quartal und bis heute die sogenannte Corona- und Gesundheitskrise erreicht und hat natürlich auch durch diverse Maßnahmen vielerlei

geändert an Einkünften und an Planungen, die wir hatten. Das wirkt sich natürlich auch auf unsere Tätigkeit, auf unsere Arbeit aus. Die Bundesregierung versucht hier dementsprechend, seit eben Eintritt dieser Gesundheits- und in der Folge auch Wirtschaftskrise, gegenzusteuern und hat in den letzten Wochen und Monaten einige Pakete beschlossen. Ja, es mag manches zu spät sein, aber es gibt einige Pakete, die praktisch Einkommensverluste von einer zentralen Stadt wie Graz ein wenig unterstützen soll und die Infrastrukturmaßnahmen als arbeitsplatzschaffende Maßnahmen, als Wirtschaftsmotormaßnahmen dementsprechend zum Ziel haben. So wurde im Mai ein entsprechendes Paket verabschiedet im Ausmaß von 300 Millionen Euro für den Ausbau für den öffentlichen Verkehr, aber auch von Sanierung, Ausbau von Bahnhöfen u.ä. mehr, so wurde auch das sogenannte Klimainvestitionsgesetz 2020, aus dem Graz insgesamt eine Milliarde Euro, aus dem Graz aus dem Titel 36 Millionen Euro ziehen könnte und zu weiteren zwei Dritteln eine Eigenfinanzierung erreichen müsste, beschlossen. Diese Maßnahmen werden von vielen vergleichbaren Landeshauptstädten schon dazu genutzt, etwa in Innsbruck, sich zu überlegen, wie Sie an Gelder kommen können, um eben mit der Straßenbahn in die Nachbarortschaften Rum und Völs weiterzubauen. Die Stadt Salzburg plant die Verlängerung der Salzburger Lokalbahn in die Stadt-Mitte und auch da soll eben Geld von diesen Bundesmitteln von dieser Öffi-Schwerpunktsumme herangezogen werden.

In Graz, in der Steiermark, ist auch ein Projekt da, das ist die Elektrifizierung der GKB. Was leider fehlt bisher die Möglichkeit, entsprechend Straßenbahnausbauprojekte, wie etwa die Südwestlinie, die den Vorteil hätte, dass man mit dieser Linie S-Bahn-Knoten zum einen Don Bosco, der zwei wichtige S-Bahn-Stränge anbindet an die Straßenbahn in Don Bosco in Gries, aber auch weiter dann in der Peter-Rosegger-Straße und schlussendlich in Webling, anzubinden. Dass man dieses Projekt dementsprechend vorzieht, um in den nächsten Jahren so weit in der Planung zu kommen, um an diese Bundesfördergelder heranzukommen. Das ist in Graz bis dato noch nicht passiert und der Antrag soll genau dieses anstoßen, dass wir diese Bundesförderungsmittel, die Öffi-Investitionshilfe würde sich eben auf 300 Millionen belaufen und das Kommunale Investitionsgesetz insgesamt auf eine Milliarde, dass wir

da mit den dementsprechenden Endpunkten auch die entsprechenden Projekte bei der Bundesregierung und beim Klimaschutzministerium einreichen können.

Schlussendlich wäre es natürlich auch wichtig, mir ist sehr bewusst, dass die Stadt Graz vieles an Einkünften verliert durch Arbeitslosigkeit, die leider, leider viel höher ist, und noch immer hoch ist, durch Kurzarbeit, weil die Kommunalsteuerabgaben eben dahingehend nichts mehr für uns bringen können, dass man dahingehend auch einen Sonderfinanzausgleich bei der Bundesregierung versucht zu beschleunigen. Verhandelt wird meinen Informationen nach schon und dass man da dementsprechend auch Titel bekommen. Schlussendlich wäre es auch wichtig, dass das Land Steiermark uns helfend zur Seite springt, aber da soll es angeblich ja schon Zusagen geben.

In dem Sinne stelle ich den

dringlichen Antrag,

1. dass der Gemeinderat alle Stadtsenatsmitglieder ersucht zu prüfen, inwieweit der Bau der Südwest-Linie mit diesen S-Bahn-Verknüpfungen von der Bundesregierung als förderwürdig und einreichfähig erachtet wird,
2. entsprechend auch Maßnahmen auszuarbeiten, um gemäß Kommunalinvestitionsgesetz 2020 einreichen zu können, beides soll im November dem Gemeinderat als Bericht vorgelegt werden,
3. schlussendlich im Petitionswege an die Bundesregierung ersuchen, wir die genannten einnahmenseitigen Verluste der Stadt Graz aus der Gesundheitskrise im Sinne eines „Sonder-Finanzausgleiches Corona“ einigermaßen auszugleichen.

Ich ersuche um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 22. Mai haben Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und Finanzminister Gernot Blümel ein Paket für Ausbau und Taktverbesserungen sowie für die Dekarbonisierung des ÖPNV verkündet. Das Paket umfasst Zuzahlungen im Ausmaß von bis zu 50 Prozent

der Gesamt-Investitionssummen durch den Bund. Gefördert sollen der schienengebundene Infrastrukturausbau sowie der Ausbau und die Modernisierung von Bahnhöfen werden. Essentiell für die Bundesregierung ist es, dass es sich entweder um Infrastrukturmaßnahmen zum Zweck von Verbesserungen in ländlichen Regionen selbst handelt oder um ein Projekt, das eine überregionale Bedeutung i.S. der Verbesserung des ÖPNV-Angebotes für PendlerInnen hat. So könnte auch Graz als urbanes Zentrum in den Genuss einer Kofinanzierung durch den Bund kommen.

Man kann es als Stadt wie Innsbruck machen und ein Stadtgrenzen überschreitendes Straßenbahnprojekt in die Nachbargemeinden Rum und Völs einreichen oder wie die Stadt Salzburg, die eine Weiterführung der Salzburger Lokalbahn ins Zentrum plant. Ein förderbares Projekt könnte auch eine Straßenbahnlinie sein, die optimierte Umsteigequalitäten zu den S-Bahnen und somit eine Angebotsverbesserung für PendlerInnen im Fokus hat.

Das derzeit laufende Straßenbahnausbau-Paket I mit der Erschließung der Stadterweiterungsgebiete in Reininghaus und der Smart-City/Waagner-Biro-Straße sowie die Innenstadtentlastungsstrecke sind entlang der aufgeführten Förderbedingungen nicht förderungswürdig. Eine Bundesförderung für rein innerstädtisch verkehrswirksame Straßenbahnprojekte konnte für Landeshauptstädte bisher auch noch nicht vertraglich erwirkt werden.

Darüber hinaus aber sollte die Stadt Graz alles unternehmen, um aus dem Bundesfördertopf Kofinanzierungen zu erhalten. Das ist lt. Angaben der Ministerin für Klimaschutz dann möglich, wenn die Projekte ihren Fokus auf eine Mitnahme der regionalen Verkehrsthematik legen. Das wäre bei Einreichung des Projekts Südwest-Linie gegeben, da damit mehrere S-Bahnhöfe an- und eingebunden würden und entsprechend verbesserte Umsteigequalitäten zu erreichen sind.

Die Südwest-Linie würde bekanntlich nicht nur den großen S-Bahnhof Don Bosco mit zwei S-Bahn Achsen bedienen, sie würde auch den S-Bahnhof Peter-Rosegger-Straße

und den S-Bahnhof Webling mit der innerstädtischen Straßenbahn verknüpfen, und damit den Hauptbahnhof entlasten und die Wege vieler PendlerInnen abkürzen helfen. Dass auch viele GrazerInnen im Grazer Südwesten einen Qualitätssprung im Bereich der ÖPNV-Bedienqualitäten erlangen würden, sei nur der Vollständigkeit halber angeführt. Die Förderperiode läuft bis 2023, d.h. wenn Graz aus diesem Topf Mittel abholen möchte, ist Eile geboten.

Ein anderer – ebenfalls gut befüllter – Topf nach dem Kommunalinvestitionsgesetz 2020 sieht für Graz eine definierte Fördersumme von insgesamt 36 Mio. Euro vor. Diese Mittel sollen entlang der Erfordernisse an eine stark wachsende Stadt wie Graz für Verbesserungen der Infrastruktur für die Sanfte Mobilität bzw. für die Verkehrswende eingesetzt werden. Da hier im Gegensatz zum 300-Mio ÖPNV-Paket Projekte schon bis Ende 2021 starten müssen, sind sehr zeitnahe – eventuell noch in diesem Jahr - die nötigen politischen (Vor-)Entscheidungen zu treffen.

Schlussendlich entgehen vielen Gemeinden und so auch der Stadt Graz aufgrund der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Gesundheitskrise eingeplante Einnahmen aus der Kommunalsteuer und vergleichbarer Abgaben in beträchtlicher Höhe. Hier ist es wichtig, dass die Landesebene auch ihrer Zentral- und Landeshauptstadt unter die Arme greift und dass der Finanzminister Nachbesserungen beim Finanzausgleich anbietet. Verhandlungen für einen Krisen-Finanzausgleich sind offenbar im Gange, wie sie verlaufen und ob Städte mit Zentralfunktion eine besondere Unterstützung erfahren werden, ist bis dato offiziell nicht bekannt.

Graz muss viele Leistungen weiter erbringen, Graz muss als wachsende Stadt besonders viel an Maßnahmen in noch bessere Infrastruktur erbringen und Graz muss seine Umwelt-, Verkehrs- und Lebensqualität erhalten und möglicherweise auch verbessern.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen - ALG daher folgenden

dringlichen Antrag:

1. *Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Stadtsenatsmitglieder zu prüfen, inwieweit der Bau der Südwest-Linie mit ihren Verknüpfungen an die steirische S-Bahn bei der Bundesregierung als förderwürdig einreichfähig ist und bis zur Gemeinderatssitzung im November einen Bericht einzubringen, der die weiteren Planungs- und Finanzierungsschritte enthält sowie einen Termin für den Baubeginn avisiert.*

2. *Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Stadtsenatsmitglieder, Vorschläge für die Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Sanften Mobilität auszuarbeiten, die im Rahmen des 'Kommunalinvestitionsgesetz 2020' förderfähig sind und bis Ende 2021 in Umsetzung gehen können. Auch die hier ausgewählten Projekte sollen als Bericht und mit einem Umsetzungsfahrplan ausgestattet im November im Gemeinderat berichtet werden.*

3. *Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wendet sich im Petitionswege an die Bundesregierung und ersucht diese, die einnahmenseitigen Verluste der Stadt Graz aus der Gesundheitskrise im Sinne eines „Sonder-Finanzausgleichs Corona“ einigermaßen auszugleichen.*

GR Mag. (FH) Egger:

Werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Ich werde es relativ kurz machen. Ich denke, wir haben als Stadt Graz einiges an Ausbauprojekten für den öffentlichen Verkehr in der Pipeline. Hatten da auch schon in den letzten Monaten und Jahren gute Gespräche mit dem Bund, wo es auch Zusagen gegeben hat durch die Bundesregierung, diese Projekte finanziell zu unterstützen. Wie ich jetzt höre, ist jetzt mit der neuen Bundesministerin

(Grüne) diese Zusage nicht mehr vorhanden und ich glaube, wir sollten alle Kraft dafür verwenden, dass die Projekte von der Innenstadtentflechtung über Reininghaus und über Smart City unterstützt werden und daher stellen wir einen

Abänderungsantrag:

Die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation, Technologie, Frau Leonore Gewessler, wird am Petitionswege ersucht, die für die Regionen und Städte in Österreich so wichtige Nahverkehrsmilliarde, wie sie unter ihrem Vorgänger Herrn Bundesminister Ing. Norbert Hofer schon vorbesprochen war und von den Städten bereits in die Konzeption für den jeweiligen Ausbau des öffentlichen Verkehrs einbezogen wurde, wieder aufleben zu lassen und in ihre Budgetplanungen miteinzubeziehen. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.10 Uhr).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständige Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Frau Leonore Gewessler, BA, wird am Petitionswege ersucht, die für die Regionen und Städte in Österreich so wichtige

„Nahverkehrsmilliarde“, wie sie unter ihrem Vorgänger Herrn BM Ing. Norbert Hofer schon vorbesprochen war und von den Städten bereits in die Konzeptionen für den jeweiligen Ausbau des Öffentlichen Verkehrs einbezogen wurde, wieder aufleben zu lassen und in ihre Budgetplanungen miteinzubeziehen.

GR Muhr:

Sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Antragsteller, lieber Kurt. Ganz kann ich deinem Antrag nicht folgen. Ich verstehe es zumindest nicht, dass du mit einem Abänderungsantrag den Grundantrag aushebelst. Die Punkte, die Herr Klubobmann Dreisiebner da anführt, zielen darauf ab, Finanzmittel in die Stadt zu bringen. Das sollte gerade in deinem Interesse sein, wenn hier Bauvorhaben mit zusätzlichen Finanzmitteln lukriert werden, denn die Wirtschaft wird ja auch damit belebt. Also du sprichst hier auch sogar noch gegen deine eigene Klientel, wie ich da feststellen muss, und wenn man immer alle Versprechen einlösen würde, die schon Politiker in der Vergangenheit getätigt haben, und die FPÖ hat sich ja selber aus dem Spiel genommen, dann hätten wir da in der Stadt gar wahrscheinlich weniger Probleme. Das heißt, es gilt natürlich, mit der grünen Ministerin neu zu verhandeln, da bin ich schon ganz auf deiner Seite. Hättest du das als Zusatzantrag gestellt, wäre das natürlich die Ideallösung gewesen im gesamten Antrag. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Ussner:

Gut, dass wir uns einig sind, dass das Thema zumindest dringlich ist. Aber da anscheinend die Intention des Antrages meines Kollegen nicht ganz klar war, versuche ich, das noch einmal herunterzubrechen. Es geht darum im Großen und Ganzen um die Konkretisierung dieser Projekte, damit wir diese Förderungen beantragen können und

daraus einen Abänderungsantrag zu machen, der einfach zurück in die Vergangenheit abzielt und viel weniger konkret ist als das, was hier gefordert wird und das, was wir bräuchten, entzieht sich meinem Verständnis, ehrlich gesagt. Lieber Kollege Egger, wenn Sie die Nahverkehrsmilliarde vom Vorgänger Hofer so klass gefunden haben, dann sage ich Ihnen jetzt, wie konkret die Förderungen bereits sind von der jetzigen Verkehrsministerin, die wir ansuchen könnten, wenn wir es einmal auf die Beine kriegen würden, wenn es wir einmal hinkriegen würden, ein paar Projekte zu konkretisieren. Es gibt 300 Millionen Euro für den öffentlichen Personennahverkehr, 40 Millionen Euro für die Radinfrastruktur, zwei Milliarden Euro Klimaschutztopf, wovon 540 Millionen für den öffentlichen Verkehr wieder reserviert sind. Und dann gibt es österreichweit noch einmal 150 Millionen Euro nur für die Bahnhofsmodernisierung und für den -ausbau. Und dann frage ich mich schon, was so ein Abänderungsantrag für einen Sinn hat? Weil, nur zur Erinnerung, wir sind nur deshalb nicht konkret genug mit den Projekten, um hier etwas beantragen zu können, was eine Chance gewesen wäre, wenn wir diesen dringlichen Antrag so annehmen in dieser Form, endlich einmal wirklich konstruktiv, gemeinsam an diesem dringenden Ausbau des ÖV zu arbeiten, wo wir uns ja zum Glück einig sind, zumindest. Und wir sind deshalb nicht so konkret bei diesen Projekten, weil von Schwarz-Blau in dieser Stadt ständig fertiggeplante Projekte, wie die Innenstadtentflechtung über den Griesplatz, abgeschossen werden, neu geplant werden aufgrund dessen, dass man nicht bereit ist, den Autoverkehr einzuschränken. Und da frage ich mich schon, was sind die wirklichen Prioritäten und die sollten jetzt sein, das so schnell wie möglich zu konkretisieren, damit wir auf diese Finanzmittel zugreifen können (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Ich möchte vor allem das, was der Kollege Ewald Muhr gesagt hat, unterstreichen. In Wirklichkeit beides, also sowohl der Dringlichkeitsantrag von den Grünen als auch vom Kollegen Egger, ist richtig. Man bräuchte es eigentlich als Zusatzantrag, weil dass die Stadt Graz jetzt keine Projekte hätte, die der Bund unterstützen sollte finanziell, ist

nicht ganz richtig, weil wir haben immerhin drei Straßenbahnprojekte, wo wir eigentlich auf die Unterstützung des Bundes noch warten und auch hoffen, dass das nicht ein leeres Versprechen ist. Smart City, Reininghaus und die Innenstadt-entflechtung, die wir im Herbst vorlegen, da würden wir dringend Unterstützung, die finanzielle, vom Bund brauchen. Selbstverständlich aber natürlich auch für die Südwestlinie. Also da hat der Karl Dreisiebner vollkommen Recht und die Kriterien dieser Linie werden auch vollkommen erfüllt durch die ganzen S-Bahn-Anschlüsse und deshalb braucht es auch dazu ein dringendes Bekenntnis der Stadt Graz hier in Summe, die Projektplanung hier und die Detailplanungen nicht weiter hinauszuschieben. Also beides ist notwendig und es ist eigentlich schade, dass hier der eine Antrag den anderen sozusagen killen möchte. Das wäre eigentlich die Bitte und der Wunsch, ob man das nicht als Zusatzantrag stellen könnte (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Kurt Egger. Es ist ein Moment, da bin ich richtig froh, dass man Livestream haben. Das muss ich ganz ehrlich sagen, da bin ich richtig glücklich, dass es das als Livestream eine Woche zum Nachschauen gibt. Der ÖVP-Gemeinderat Egger, der außerdem mitverhandelt hat die ÖVP-Grün-Bundesregierung, stellt sich hier her und will für Graz das haben, was die blau-schwarze Bundesregierung oder türkis-blaue Bundesregierung mit Dezember 2017 vielleicht wollen hat wollen, können, hätte. Weil, wenn du sagst, die Zusage Hofer, im Antrag aber steht vorbesprochen, dann ist das für mich das erste Fragezeichen. Ich kann es ein Stückweit untermauern. Ich kenne keine einzige Landeshauptstadt, von Linz über Innsbruck usw., die aus dem Titel der sogenannten Nahverkehrsmilliarde Hofer auch nur einen Euro bekommen hat. Wenn es anders ist, kann man mich bitte gerne korrigieren, auch auf Facebook und usw. Es ist sich nicht ausgegangen, von Dezember 2017 bis Mai 2019 zumindest ein Gesetz zu verabschieden, die Mittel zu reservieren, weil dann hätte sogar die sogenannte BeamtInnenregierung das weiter umgesetzt. Auch in diesem guten halben Jahr ist das nicht passiert. So, und jetzt

kommt der Gipfel der Genüsse. Innsbruck, Salzburg usw. akzeptieren, dass eine neue Bundesregierung, im Übrigen auch mit den Kolleginnen und Kollegen von deiner Partei, Herr Blümel sei genannt als Finanzminister, jetzt andere Schwerpunkte setzen. Salzburg akzeptiert es, Innsbruck akzeptiert es, Linz akzeptiert es, die GKB akzeptiert es. Nur der Herr Kurt Egger und die Grazer ÖVP akzeptieren es nicht und nebenbei noch das laute Schweigen der FPÖ ist auch sehr amüsant in dieser Diskussion. Schlussendlich vor ungefähr zwei Stunden habt ihr hier die Auflage einer Änderung des Stadtentwicklungskonzepts und des Flächenwidmungsplanes beschlossen, der die neue Routenführung ua. für die Südwestlinie, die schon 20 Jahre lang in diversen Varianten versprochen wird und auf Wahlplakaten, in Broschüren usw. auch der ÖVP war, habt ihr beschlossen und jetzt wollt ihr es nicht einmal so weit planen, dass ihr vielleicht noch ein Geld vom Bund bekommt. Und wie gesagt, alles andere hat Kollege Muhr, hat Kollegin Kahr gesagt, dass das mit einem Abänderer so quasi erschossen wird, gekillt wird und nicht einmal die Petition an die Bundesregierung für einen Sonderfinanzausgleich gewollt wird. Also das müsst ihr einmal irgendwie in der Öffentlichkeit erklären (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde (gegen Neos, Grüne, SPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde (gegen KPÖ, Neos, Grüne, SPÖ) angelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

**8.6 Bestehende Alleen erhalten – neue Alleen pflanzen
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)**

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Lieber Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderatssaal, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream. Im meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema Alleen. Ein Thema, mit dem ich mich schon seit vielen Jahren beschäftige. Alleen sind ja prägende Elemente im Städtebau bereits seit dem 17. Jahrhundert früher, um mit der Vorstadt zu verbinden, aber auch natürlich um Flaniermeilen anzulegen und sie haben auch eine ganz wichtige und vielfältige ökologische Funktion: Angesichts des Klimawandels werden Grünflächen, Baumgruppen und Alleen im urbanen Raum immer wichtiger, um dem Hitzespeicher, von dem wir heute auch schon geredet haben, um dem Hitzespeicher stark entgegenzuwirken. Wenn wir uns erinnern, ziemlich genau vor einem Jahr, nämlich der Juni 2019 war der heißeste Juni in der Messgeschichte. Das heißt, wir haben da die höchsten Temperaturen gemessen, die jemals im Juni in Österreich gemessen wurden. Das ist ein Trend, der sich leider fortsetzen wird, denn die Hitzetage in den Landeshauptstädten haben in den vergangenen Jahrzehnten um rund 50 % zugenommen und sie werden es weiter tun. Wir werden lange Hitzewochen haben und wir müssen alles daransetzen, um das Leben in der Stadt möglichst angenehm zu gestalten. In Graz gibt es noch einige sehr schöne Alleen. Als Beispiel möchte ich die Platanenalleen in der Elisabethstraße nennen. Bei ihr ist es so, dass sie zum Glück unter Naturschutz steht, das heißt, es gibt sehr gute Möglichkeiten, auch bei einer Sanierung der Elisabethstraße entsprechende Schutzvorkehrungen in die Wege zu leiten. Anders ist es bei Alleen, die nicht unter Naturschutz stehen, die der Baumschutzverordnung unterliegen und da ist es so, ich habe mir viele Bescheide angeschaut, da werden allgemein Ö-Normen genannt, aber es ist nie so, dass auf einzelne Bäume im Detail eingegangen wird. Das ist ein ziemliches Problem, gerade wenn wir Alleen erhalten wollen. Es ist so, bei Erneuerung des Unterbaues von Straßen wäre es wichtig, vorab das Wurzelsystem zu erkunden, zu schauen, wie liegen die

Wurzeln, damit man darauf Rücksicht nehmen kann und damit man entsprechende Grabungen, möglicherweise auch Untergrabungen, dass der Wurzelraum überhaupt nicht verletzt wird, vorschreiben kann. Und ein ganz wichtiger Punkt ist, dass das dann auch in den Ausschreibungen berücksichtigt wird, weil wenn man das dort nicht macht, dann wird das nicht mehr funktionieren während des Baus. Weil jeder Unternehmer wird dann sagen, jetzt kommt ihr daher, das sind so und so viele Mehrkosten, das ist nicht abgedeckt. Wir haben das Problem z.B. bei der Sanierung der St.-Peter- Hauptstraße gesehen, wenn ihr, und das werden die meisten auch getan haben, wenn ihr euch anschaut, gibt es da kaum Bäume, die gepflanzt wurden, sind wir ganz kläglich gescheitert. Es ist dort furchtbar heiß, also niemand will dort im Sommer zu Fuß gehen und für die Radlerinnen und Radler ist es auch nicht sehr angenehm. Es wird also an uns liegen zu schauen, dass wir unsere Alleen möglichst gut erhalten auf der einen Seite und auf der anderen Seite aber auch dafür sorgen, dass bei anstehenden Straßensanierungen Alleen angelegt werden. Ich denke da immer an die Kärntner Straße und stelle mir vor, was das wäre, wenn man nach Graz kommt und durch eine Kärntner Straße fahren würde, die eine Allee ist. Für all das braucht es aber eine systematische Aufnahme des Status, ein Grundkonzept für Straßensanierungen und die Anlage von Alleen und verbindliche Anforderungen per Ausschreibungen. Daher stelle ich seitens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz

- 1.) bekennt sich zum umfassenden Schutz der Grazer Straßenbäume, Baumreihen und Alleen sowie zu standardmäßig vorgeschriebenen Baumpflanzungen bei Straßensanierungs- und Straßenneubauprojekten,
- 2.) ersucht die Stadtbaudirektion um die Erstellung eines Grundkonzeptes für Straßensanierungen und Straßenneuplanungen, das sowohl Geh- und Radwege

als auch Baumpflanzungen/Alleen zwischen Geh- und Fahrbereich standardmäßig vorsieht,

- 3.) ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um Bekanntgabe von Vorschlägen, die im Zuge von Bauverfahren die Baumschutzerfordernisse frühzeitig berücksichtigt werden können, um Baumentfernungen und baunaher Grabungen zu vermeiden,
- 4.) ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um die Vorlage von Vorschlägen, wie bei künftigen Straßensanierungs- und -neubauprojekten im Standortbereich von Bäumen folgende Erfordernisse verbindlich vorgegeben werden können:
Da gibt es jetzt vier Subpunkte a-d, für ZuschauerInnen am Stream, es ist auch im Internet abrufbar, wie das im Detail erfolgen sollte,
- 5.) ersucht die Stadtbaudirektion um die Vorlage von Textvorschlägen, um bei künftigen Ausschreibungen von Straßensanierungs- und Straßenneubauprojekten im Standortbereich von Bäumen folgende Leistungspositionen in das Leistungsverzeichnis der Baumaßnahme aufnehmen zu können: Da gibt es wieder vier Subpunkte und
- 6.) der Grazer Gemeinderat ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um die Organisation und Durchführungen von Schulungen für MitarbeiterInnen der Verkehrsplanung, des Straßenamtes und der Holding Graz Stadtraum hinsichtlich gebrauchsfähiger Straßenzonierungen sowie baumerhaltender Straßensanierungen, Straßenneuplanungen und Straßenneubauten.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Alleen werden bereits seit dem 17. Jahrhundert im Städtebau verwendet, um innerstädtische Grünanlagen zu begrenzen, als Verbindungsachsen zwischen der historischen Altstadt und den Vorstädten, auf Promenaden und in Parks. Alleeen haben auch vielfältige ökologische Funktionen wie Rückhalt, Aufnahme und Reinigung des

Oberflächenwassers, Filterung von Luftschadstoffen, physiologischer Schallschutz und sie dienen als Biotop für die Tierwelt.

Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels werden Grünflächen mit Baumgruppen und Alleen in urbanen Räumen immer wichtiger, um dem „Hitzespeicher Stadt“ entgegenzuwirken. Erinnern wir uns an den Juni 2019, der mit Temperaturen von über 37 Grad, laut der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), der wärmste in Österreichs Messgeschichte war. Die Zahl der Hitzetage nahm etwa in den Landeshauptstädten in den vergangenen Jahrzehnten um rund 50 Prozent zu. Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass die Wetterlagen mittlerweile länger anhalten als früher – was wiederum längere Hitzewellen bedeuten würde. Ein Trend, der sich voraussichtlich auch in Zukunft fortsetzen wird und drastische Auswirkungen auf unsere Gesundheit mit sich bringt: „Die Häufigkeit von Hitzewellen wird von derzeit fünf auf 15 gegen Ende des Jahrhunderts ansteigen. Damit einher geht ein Anstieg der hitzebedingten Todesfälle“, warnt der Referent für Umweltmedizin der Wiener Ärztekammer, Piero Lercher, in einem ORF-Interview vor einem Jahr.

Graz verfügt noch über einige Alleen, deren imposanteste die Platanen-Allee in der Elisabethstraße ist. Gehen wir an Hitzetagen die Elisabethstraße vom Glacis Richtung LKH ist der Unterschied zwischen der Hitzeinsel im baumlosen Teil der Straße und dem Alleenbereich deutlich spürbar! Die Platanenallee steht als geschützter Landschaftsteil unter Naturschutz – zum Glück angesichts der geplanten Straßensanierung! Da hier im Rahmen des naturschutzrechtlichen Verfahrens im Vorfeld entsprechende Schutzmaßnahmen für die einzelnen Bäume detailliert als Auflagen bescheidmässig vorgeschrieben werden können. Anders ist dies bei nicht unter Naturschutz stehenden straßenbegleitenden Alleen und Bäumen. Sie unterliegen der Grazer Baumschutzverordnung (BVO). Arbeiten im Bereich dieser Bäume müssen gemäß Baumschutzverordnung genehmigt werden, allerdings beschränken sich die Bescheidauflagen auf Standardformulierungen und Verweise auf Ö-Normen, die aber oftmals nicht auf den standortbedingten Einzelfall abgestimmt sind.

Um baumschonende Maßnahmen im Zuge der Erneuerung des Unterbaus von Verkehrswegen oder von Leitungen zu sichern, wäre es sinnvoll, bereits vor der

Bauausführung Baumwurzelsondierungen vorzuschreiben, um versorgungswichtige Wurzeln des Baumes in der Bauphase erhalten zu können. Diese Sondierungen sollten, wenn nur irgendwie möglich auch im Bereich versiegelter Flächen vorgenommen werden. Bei Auffindung von überlebensnotwendigen Wurzeln kann dann eine grabenlose Baudurchführung mit einer Unterfahrung des Baumes oder eine Optimierung der Leitungstrasse als verbindliche Anforderung bescheidmäßig vorgeschrieben, seitens der Stadtbaudirektion in die Ausschreibung übernommen und vom Bauwerber entsprechend in seine Leistungspositionen aufgenommen werden. Denn im Zuge des Baues ist es zu spät! Es wird gemäß dem Bauvertrag gebaut und keine Leitung mehr wegen einer Baumwurzel anders verlegt. Diese Baudurchführung ist zwar teurer, ist aber bei „wertvollen Bäumen“ ab einem gewissen Erscheinungsbild oder Standort mit den ökologischen Vorteilen bzw. der Wertigkeit der ökologischen Funktionen zu argumentieren.

In den nächsten Jahren stehen einige Straßensanierungen auch von großen Einfallsstraßen in die Stadt an. Diese Gelegenheit sollte die Stadt Graz nutzen, um neben Geh- und Radwegen verstärkt Alleen-Pflanzungen mitzuplanen und umzusetzen. Leitungen sollten dabei standardmäßig wurzelsicher verlegt werden (Schutzrohre/Mantelrohre, Bettung in porenarmen Verfüllstoffen) und vorzugsweise in der Straßenmitte liegen (möglichst weit von den Pflanzbereichen entfernt).

Die Sanierung der St. Peter Hauptstraße hat leider gezeigt, dass dieses Ziel mit größerer Vehemenz verfolgt werden muss, um tatsächlich realisiert zu werden. Dort ist es nur in kleinen Abschnitten bzw. vereinzelt gelungen, Bäume im Straßenraum unterzubringen, entsprechend wenig einladend ist die Straße an Hitzetagen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen.

Mehr Bäume und Pflanzen bedeuten kühlere Städte und eine angenehmere Umgebung für ihre BewohnerInnen. Deshalb müssen wir alles daransetzen, unsere Alleen bestmöglich zu erhalten und bei Straßensanierungen neben Rad- und Fußwegen auch Baumpflanzungen – im besten Fall Alleen – einzuplanen. Leitungsträger müssen zukünftig im Zuge der Sanierung von Straßen routinemäßig auf bestehende und geplante Bäume im Straßenraum Rücksicht nehmen, damit wir unseren Stadtraum

auch in Hitzesommern für die Grazerinnen und Grazer erträglich gestalten können. Für all das braucht es eine systematische Aufnahme des Status quo, ein Grundkonzept für Straßensanierungen und die Anlage von Alleen, verbindliche Anforderungen in Ausschreibungen u.v.m.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz

- 1. bekennt sich zum umfassenden Schutz der Grazer Straßenbäume, Baumreihen und Alleen sowie zu standardmäßig vorgeschriebenen Baumpflanzungen bei Straßensanierungs- und Straßenneubauprojekten,*
- 2. ersucht die Stadtbaudirektion um die Erstellung eines Grundkonzeptes für Straßensanierungen und Straßenneuplanungen, das sowohl Geh- und Radwege als auch Baumpflanzungen/Alleen zwischen Geh- und Fahrbereich standardmäßig vorsieht,*
- 3. ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um Bekanntgabe von Vorschlägen, wie im Zuge von Bauverfahren die Baumschutzerfordernisse frühzeitig berücksichtigt werden können, um Baumentfernungen und baunaher Grabungen zu vermeiden,*
- 4. ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um die Vorlage von Vorschlägen, wie bei künftigen Straßensanierungs- und -neubauprojekten im Standortbereich von Bäumen folgende Erfordernisse verbindlich vorgegeben werden können:*
 - a) eine Optimierung von unterirdischen Einbauten*
 - b) Baumwurzelsondierungen vor dem Beginn bzw. vor der Ausschreibung von*
 - c) Baumaßnahmen*
 - d) die Verlegung von Leitungen in Kollektoren*

- e) *grabenlose Bauausführungen im Zuge von Leitungsverlegungen im Standortbereich wertvoller Bäume*
5. *ersucht die Stadtbaudirektion um die Vorlage von Textvorschlägen, um bei künftigen Ausschreibungen von Straßensanierungs- und Straßenneubauprojekten im Standortbereich von Bäumen folgende Leistungspositionen in das Leistungsverzeichnis der Baumaßnahme aufnehmen zu können:*
- a) *Baumwurzelsondierungen vor Beginn von Baumaßnahmen*
- b) *durchwurzelungssichere Leitungsausführungen*
- c) *die Verlegung von Leitungen in Kollektoren*
- d) *grabenlose Bauausführungen im Zuge von Leitungsarbeiten im Standortbereich wertvoller Bäume*
6. *ersucht die Abteilung Grünraum und Gewässer um die Organisation und Durchführung von Schulungen für MitarbeiterInnen der Verkehrsplanung, des Straßenamtes und der Holding Graz Stadtraum hinsichtlich gebrauchsfähiger Straßenzonierungen sowie baumerhaltender Straßensanierungen, Straßenneuplanungen und Straßenneubauten.*

GR Piffl-Percevic:

Herr Vizebürgermeister, Herr Stadtrat, Frau Stadträtin, Herr Stadtrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher und Zuhörer im Stream, liebe Andrea Pavlovec-Meixner als Antragstellerin. Jeder Einsatz für jedes einzelne Grünraumelement in unserer Stadt ist wichtig und gut. Jetzt kommt das aber, das du sicher erwartest hast. Aber man kann sich nicht hinstellen und so tun, dass es hier einen argen Missstand, den es dringendst zu beseitigen gäbe. Es ist, ich wiederhole, jede Initiative für den Grünraum wichtig und du hättest z.B., und ich sehe dich leider nie, du bist zwar nicht Mitglied des Stadtplanungs- und Grünraumausschusses, aber dort kämpfen wir gemeinsam und ich nehme euch alle mit, weil ihr stimmt ja dann auch ab, Andrea, du stimmst dann auch über die Bebauungspläne ab, wo wir um jeden

einzelnen Baum kämpfen. Es ist wichtig, aber kann sich nicht hinstellen und so tun, als wären die Mitarbeiter des Magistrates nicht geschult, sprich: unfähig, das zu bewältigen. Allein jede Woche gibt es einen Jour-fixe, in dem das Stadtplanungsamt, das Stadtvermessungsamt, das Straßenamt, die Verkehrsplanung, natürlich die Abteilung Grünraum, die Bau- und Anlagenbehörde zusammensitzen, um genau ein Stockholmer System zu ermöglichen, wie du es forderst, wie es aber auch schon realisiert wird. Schau in die Schmiedgasse, schau in die obere Leonhardstraße. Es entsteht für den nicht so intensiv Befassten der Eindruck, als wäre hier eine Wüste, die wir verwalten würden. Das Gegenteil ist der Fall, Andrea. Und Gott sei Dank sind unsere Abstimmungskarten, die haben wir seit heute, auch in einer grünen Farbe gedruckt und nach dem Bericht über den Flächenwidmungsplan, wo ich sehr viel Grünraumelemente aufzählen durfte, die nicht ich erfunden habe, die erarbeitet wurden, habe ich begonnen, diese eine Seite dieses Zettels, dieser Stimmkarte, nur mit den Parkflächen zu beschreiben, die wir heute beschlossen haben und ich habe einige genannt. Aber ich habe nicht gewusst, dass das fast sieben Hektar Parkflächen sind, die wir alleine heute beschlossen haben. Nochmals, ich möchte jetzt versöhnlich bleiben, es ist nicht genug Wertschätzung gegenüber allen, die tagtäglich vortrefflich dafür kämpfen im Amt und im Ausschuss. Ich lade dich ein, komm in den Grünraum-ausschuss, kämpfe da mit an unserer Seite mit, aber bitte stelle dich nicht hier hin und formuliere seitenweise einen Text, der von dem, der keinen Einblick hat, missverstanden werden könnte. Wir kämpfen weiter für jeden einzelnen Baum, für jede Allee. Alleine in Reininghaus zu dieser Liste, die wir heute beschlossen haben. Wir haben vor kurzem in Reininghaus den Park mit drei Hektar beschlossen, zwei große Pappelreihen bleiben dort bestehen, mehrere sonstige große Bäume, die Domenico-dell'Allio-Allee, zwei Hektar nur eine neue Allee, die dort forderst, kein Wort davon. Du stellst deine von dir mitgestimmten Anträge unter den Scheffel. Das kann man nicht so stehen lassen. Wir kämpfen gemeinsam weiter. Ich fordere alle auf, für die gute Sache zu kämpfen. Aber dieser Antrag, ist doch ein etwas schärferes Wort, ist unserer unwürdig. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren, lieber Andrea, lieber Peter. Also, was unserer unwürdig ist, ich glaube, da haben wir heute schon ganz etwas anderes gehört, z.B. so, was der Kollege Sippel gesagt hat, irgendetwas in der Vergangenheit, als er den Nationalsozialismus meinte, so etwas, glaube ich, braucht ihr nicht. So einen Antrag kann man lesen, wie man will. Aber man kann auch Umwidmungen interpretieren, wie man will. Und um das richtig zu stellen: Ich habe diesen Antrag nicht gelesen als Angriff auf die Behörde. Im Gegenteil, die Behörde arbeitet super, aber die Behörde braucht natürlich einen Auftrag und einen Willen der Stadtregierung und wo keine Allee geplant ist, wird die Behörde auch keine planen und versuchen zu realisieren.

Zwischenruf GR Piffi-Percevic: Die Domenico-dell'-Allio-Allee.

Braunersreuther:

Die Domenico-dell'-Allio-Allee und auch der von dir so gerühmte Park auf dem Reininghausgelände. Die entsteht ja nicht aus einer Betonfläche heraus, sondern die entsteht aus einer Fläche heraus, die vorher Freiland war. Genauso wie diese anderen Parks, die du gerade gerühmt hast. Die entstanden nicht aus vorher versiegelten Flächen heraus.

Zwischenruf GR Piffi-Percevic: Das stimmt so nicht, das ist falsch.

Braunersreuther:

Darf ich bitte ausreden. Früher hat man gesagt, Ruhe auf den hinteren Plätzen
(Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke).

Diese Flächen entstehen nicht aus versiegelten Flächen heraus. Also, es wird nichts entsiegelt, es werden Freiflächen, wie ich heute auch beim Flächenwidmungsplan angemerkt habe, es werden Freiflächen umgewandelt in Park- und Sportflächen und das hat zum Teil, wie man an der Augartenbucht gesehen hat, einen großen Verlust an Bäumen, an großen, alten, sehr wichtigen Bäumen, die zur CO₂-Reduktion sehr gut beitragen könnten, zur Feinstaubfilterung sehr gut beitragen könnten, zur Folge. Also, Verbesserungen erfährt man hier im ökologischen Sinne nicht unbedingt, wie du das sagen wolltest (*Appl.*).

GRⁱⁿ Bauer:

Kurze Wortmeldung von meiner Seite. Wir unterstützen den Antrag. Wir halten es für notwendig, für mehr Grün in der Stadt zu sorgen und jede Debatte hilft uns dabei. Es hilft uns aber nicht die Polarisierung. Hier müssen wir wirklich pragmatisch sein, Allees sind wünschenswert und wir brauchen vor allem vor dem Hintergrund der Klimadebatte gute Lösungen und das sollte uns auch etwas wert sein und es macht gar nichts, wenn man hier tiefer geht und hinsichtlich der Verwaltung und der Politik eine klare Linie gibt und sagt, ja, wir wollen auch hier weiter unterstützen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Braunersreuther. An Ihrer Meldung, die Sie da gerade dem Kollegen Sippel entgegengeschleudert haben, sieht man, dass Sie nicht nur ewiggestrig sind, sondern leider auch ein sehr, sehr verengtes Blickfeld haben und das ist schade, aber mögen Sie damit gut leben. Es gibt z.B. im Augarten doppelt so viele Bäume. In jedem Bebauungsplan gibt es Bäume, die gepflanzt werden müssen. Es ist auch natürlich eine Binsenweisheit, dass wir mehr Grün in der Stadt haben wollen, aber jeder hat doch schon einmal die Möglichkeit, auf Google Maps zu gehen, schauen wir einmal die Stadt von oben an, schauen wir uns an,

wie Graz von oben aussieht, das ist nämlich eine grüne Oase. Und das ist wunderschön, was nicht heißt, was wir tun und ich mag das vom Kollegen Piffli-Percevic jetzt nicht wiederholen, er hat das eh ganz deutlich ausgedrückt. Wir machen Graz grün, wir machen das Beste und wir haben eine grüne Stadt. Und tun wir nicht so, dass wir in der Wüste leben würden. Das halte ich nicht für richtig. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Pavlovic- Meixner:

Ich möchte mich zuerst bedanken bei der KPÖ, bei den KollegInnen von der KPÖ und von der SPÖ für ihre Unterstützung. Offensichtlich können Sie sinnerfassend lesen. Wenn ich nicht so gut erzogen worden wäre, müsste ich mich nämlich jetzt fragen, ob die Kollegen sinnerfassend lesen können. Schon allein beim Titel fängt es an, da geht es nicht um Grünflächen, da geht es nicht um Bebauungspläne, sondern der Titel meines dringlichen Antrages lautet: Bestehende Alleen erhalten, neue Alleen pflanzen. Es mag das schon sein, dass wir heute sieben Hektar neue Grünflächen beschlossen haben, aber wo sind die bitte? Wo sind die großen Grünflächen, die die Stadt angelegt hat? Die sind irgendwo am Stadtrand. Die sind dort, wo man anfängt zu wandern meistens. Sie sind aber nicht dort in der Stadt, wo wir dringend die Alleen brauchen (*Allgem. Appl.*). Also nicht so hinstellen, als wäre das eine sinnlose Forderung. Und eines muss ich schon sagen, es stimmt, dass Grünraum angekauft wird. Die Grünraumoffensive geht aber gegenüber den Ankündigungen eher schleppend voran und vor allen Dingen das Problem, es werden Grundstücke angekauft. Sie werden nicht für die Bevölkerung geöffnet. Ich sage nur Vincke-Steinbruch im Süden von Graz. Seit wie vielen Jahren besitzt die Stadt Graz diesen Vincke-Steinbruch und seit wie vielen Jahren ist der abgesperrt und niemand kann ihn nutzen?

Punkt Nr. 2: Es ehrt mich ja sehr, dass ihr glaubt, dass ich mir diese Punkte allein ausgedacht habe. Dabei ist es tatsächlich so, dass ich mich für das Thema schon sehr lange interessiere und sogar schon Schulungen gemacht habe, auch bei einem Mitarbeiter von der Stadt Graz. Aber so viel Expertise habe ich leider noch nicht, aber

ok. ich finde das ja sehr wertschätzend von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und auch des Landes Steiermark, dass sie mich unterstützen und mir einfach sagen, wo die die Probleme liegen, wenn wir etwas umsetzen wollen. Und ich habe mir das nicht alleine ausgedacht. Ich habe mir das mit Experten ausgedacht, die seit vielen Jahren an Straßenprojekten mit der Stadt Graz zusammenarbeiten und ihre leidvollen Erfahrungen gemacht haben. Ich fürchte, dass dieser dringliche Antrag nicht angenommen wird. Aber vielleicht freuen sich ja einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Graz trotzdem über die Anregungen. Ich fürchte, es wird so weitergehen. Wir werden weiterhin in der Innenstadt durch Betonwüsten wandeln. Ich sage jetzt absichtlich Betonwüsten, weil, so wie ihr agiert, wird es zu keinen Allees kommen und warum ist das so? Es fehlt in Graz am politischen Willen (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen Grün, SPÖ, KPÖ, Neos) abgelehnt.

8.7 Initiative „Unser Wirt ums Eck“ (GR Ehmann, SPÖ)

GR Ehmann:

Geschätzter Herr Vorsitzender, Kolleginnen, Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen, Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren am Livestream. Es ist heute wohl eine ungewöhnliche Situation, nämlich mit demselben Antrag, natürlich mit Rücksichtnahme auf das aktuelle Datum, aber mit demselben im Wortlaut, gleichlautendem Antrag hier zu stehen und ihn nochmals einzubringen, nachdem das das letzte Mal trotz theoretischer Mehrheit politisch abgelehnt wurde. Mir geht es darum, dass wir heute noch einmal die Möglichkeit bekommen, nach dem letzten durchaus bezeichnend „Abstimmungstohuwabohu“ möchte ich es einmal so nennen, hier noch einmal die Gelegenheit zu geben, Farbe zu bekennen. Nämlich Farbe zu bekennen für unsere „Wirte ums Eck“, sprichwörtlich wie unsere Initiative lautet. Wir

haben ja angeregt, das Wiener Modell herzunehmen und diesen Helikopter-Gutschein für Graz in das Leben zu rufen, um jetzt letztendlich eine Win-Win-Situation herzustellen. Warum? Eine Win-Win-Situation deshalb, weil wir sichern dadurch Arbeitsplätze zum einen. Wir unterstützen unsere WirtInnen vor Ort und die Grazerinnen und Grazer haben letztendlich alle etwas davon. Und ich glaube, das ist eine gute Initiative, wenn ich sage, unsere Initiative lautet „Unser Wirt ums Eck“, dann hat das durchaus bewusst diese Bezeichnung bekommen, warum? Denn wir haben ja den Wiener Gutschein, wenn man so will, den Gastrogutschein vom Bürgermeister Ludwig abgewandelt in einer Form oder weiterentwickelt aus Grazer Sicht, da wir gesagt haben, auch in den Bezirken ist es wichtig, quasi die Gastronomie zu stärken, aber auch letztendlich damit verbunden auch Handel und andere Betriebe, die umliegend um die Gastrobetriebe liegen. Denn letztendlich ist es doch so, dass auch, wenn jemand zum Essen geht oder sich im Gastrobereich niederlässt, auch rundherum das Angebot nützen kann und auch soll. Und ich glaube, das wäre wirklich eine Wirtschaftsförderung, die echt Sinn macht. Wie gesagt, wo wir alle etwas davon haben und nur ein paar Zahlen dazu: Wien hat bis heute 950.000 Gutscheine ausgestellt. Davon wurden ungefähr 7.000 neu angefordert, das heißt also, teilweise offensichtlich nicht angekommen oder in Einzelfällen aufgebrochen, wie wir das bei den Postkästen erlebt haben, was wir da gesehen haben. Da sprechen wir aber von einer Summe in etwa, was die abgegangenen bzw. mit Verlustmeldung, von ungefähr an die 1.000, bei 0,1 Promille. Das heißt, selbst dieses Argument kann ich nicht ganz gelten lassen. Ja, dann werden alle Postkästen in Graz aufgebrochen usw. Man kann sich da etwas überlegen über die Systematik, wie es verteilt wird. Ich glaube, letztendlich geht es wirklich darum, dass wir ein entscheidendes Zeichen setzen, unsere Wirtschaft und letztendlich Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft zu unterstützen und den Grazerinnen und Grazern etwas Gutes zu tun. Und ich glaube, das ist auch notwendig, denn zum Unterschied vom letzten Mal haben sich unsere Wirtinnen und Wirte, und ihr werdet das bestätigen können, ihr seid, wie ich auch, viel unterwegs, die Situation nicht verbessert, überhaupt nicht. Wir merken leider, dass nach wie vor Gäste ausbleiben, sich oftmals vielleicht nicht trauen oder oftmals auch vielleicht nicht den

nötigen Anstoß bekommen, die beispielsweise dieser Gutschein sein könnte. Und daher ersuche ich euch alle, wirklich darüber nachzudenken, ob diese Aktion nicht unterstützenswert ist. Ich glaube es schon. Ich bin fest davon überzeugt mit meiner Fraktion und ich hoffe auch auf die Zustimmung schon derer Fraktionen, die das letzte Mal hier schon die Unterstützung geleistet haben und hoffe auch, vielleicht die eine oder andere Fraktion noch dazugewinnen zu können, um letztendlich hier ein klares Signal in Graz, in der zweitgrößten Stadt in Österreich, nach Wien als Landeshauptstadt hier ein klares Zeichen und ein klares Signal setzen zu können. In diesem Sinne ersuche ich um eure Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gastronomie gilt allgemein als ein entscheidender Faktor zur Belebung eines Stadtviertels. Dem will man ja auch über die Initiative „Summer in the City“ Rechnung tragen, die man eben aus diesem Grund auch seitens der Stadt unterstützen will. Wobei nicht allein nur die Gastronomie selbst im Focus steht – über diesen Weg erwartet man sich auch den innerstädtischen Handel nach den schweren Corona-bedingten Einbrüchen wieder zu stärken.

Zu bedenken ist aber auch, dass Graz nicht nur aus den 14 an diesem Schwerpunkt mitwirkenden Innenstadt-GastronomInnen besteht, Graz nicht allein die Innenstadtwirtschaft im Auge haben soll: Genauso wichtig sind unsere Gastronominnen und Gastronomen in den anderen 16 Stadtbezirken, ebenso wichtig sind die vielen Handelsunternehmen und Gewerbetreibenden in den übrigen 16 Stadtbezirken. Auch hier gilt es, Akzente zu setzen – denn auch hier geht es um Tausende Arbeitsplätze, um regionale Wertschöpfung.

Denn auch in den Bezirken – in Mariatrost ebenso wie in Straßgang, in Andritz ebenso wie in Puntigam – ist der sprichwörtliche „Wirt ums Eck“ oftmals ein Dreh- und

Angelpunkt für das Bezirksleben, der jetzt aber aufgrund der dramatischen Folgen der Corona-Krise in größter existentieller Bedrängnis ist und dringend auch durch die Stadt Unterstützung braucht. Denn die „Wirte ums Eck“, das sind oftmals alteingesessene Traditionsbetriebe, kleine Kommunikationszentren, gleichsam die pulsierenden Herzen eines Grätzels, eines Viertels, eines Bezirks. Wovon dann meist auch der umliegende Handel, benachbarte Gewerbebetriebe profitieren, denn aus Lokalgästen werden nicht selten – weil Tür an Tür oder eine Straße weiter - GeschäftskundInnen. Was somit zur Stärkung der wichtigen Nahversorgung, zur Belebung der Bezirke beiträgt und somit auch der Idee der „Stadt der kurzen Wege“ zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs entspricht.

Alles also gute Gründe, ebenso wie für den innerstädtischen Bereich eine breitangelegte Initiative zur Unterstützung der Gastronomie auch in den 16 nicht innerstädtischen Bezirken zu starten. Ansatzpunkte dafür gäbe es viele: Die Stadt Wien hat sich etwa dazu entschlossen, die Gastronomie durch Gutscheine im Wert von 25 Euro pro Einpersonenhaushalt, 50 Euro für Mehrpersonenhaushalte zu fördern. Graz könnte diesem Beispiel durchaus folgen, aber im Sinne des regionalen Gedankens ein wenig adaptiert, indem Haushalte solche Gastrogutscheine nur bei der Gastronomie im eigenen Bezirk einlösen können.

Es gäbe aber auch weitergehende Möglichkeiten, wie seitens der Stadt die Gastronomie in dieser schwierigen Situation in den Bezirken unterstützt werden könnte, zum Beispiel

- a. unter Mitwirkung der Wirtschaftskammer und der jeweiligen GastronomInnen die Herausgabe von Bezirks-BIG, in denen sich die Wirtshäuser, Restaurants und Cafés des betreffenden Bezirks präsentieren*
- b. bei Bedarf Hilfestellung bei Online-Auftritten durch die Agentur 8010*
- c. Errichtung von überdachten Fahrrad-Abstellplätzen im Umfeld der Lokale*
- d. Bereitstellung von Informationsmaterial über Naherholungsmöglichkeiten, Spazierwege, Radwege, Sehenswürdigkeiten im Umfeld*

- e. *Hilfestellungen bei der Entwicklung und Durchführung von Bezirks-/Grätzelfesten*

Der Fantasie sind in der Hinsicht keine Grenzen gesetzt, denn Möglichkeiten gibt es viele – und die Kreativität und die Professionalität im Haus Graz sind ebenfalls bekannt grenzenlos: Die Kommunikationsabteilung, die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus und die Agentur 8010 wären durchaus in der Lage, im Verein mit der WK und interessierten GastronomInnen ein sehr innovatives, gutes Paket zu entwickeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, prüfen zu lassen, ob über eine Initiative „Unser Wirt ums Eck“

- 1. analog zur Stadt Wien gemäß Motivenbericht durch die Stadt Graz Gastro-Gutscheine für jeden Grazer Haushalt in der Höhe von 50 Euro pro Mehrpersonenhaushalt und 30 Euro pro Einpersonenhaushalt ausgegeben werden können, wobei diese Gutscheine jedoch ausschließlich in der Gastronomie im Wohn-Stadtbezirk eingelöst werden können und*
- 2. unter Einbindung der Abteilungen für Wirtschaft und Tourismus, Kommunikation und der Agentur 8010 und mit Mitwirkung von Wirtschaftskammer und interessierten GastronomInnen – wie im Motivenbericht beschrieben und anhand von Beispielen skizziert – ein Maßnahmenpaket zur Förderung der Gastronomie in allen 17 Grazer Stadtbezirken entwickelt werden kann.*

Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.

GR Sippel:

Hoher Gemeinderat, geschätzte Zuhörer via Livestream. Ich muss jetzt noch einmal ganz kurz auf die Kollegin eingehen, weil da ja doch ein kleiner Untergriff passiert ist. Also, wenn jemand allen Ernstes die Vernichtung historischer Dokumente fordert, ausgerechnet von einer Museologin, dann muss man sich schon fragen, was für ein Verständnis das auch ist. Das ist dann schon noch einmal auch eine neue Dimension. Im Konkreten geht es um die Erklärungstafel beim Urnengrab von Rudolf Hans Bartsch. Historische Dokumente vernichten, dass du als Historikerin da nicht auch Purzelbäume schlägst, verstehe ich nicht. Also, das ist dann schon einmal eine neue Dimension und spricht für sich. Soviel dazu (*Allgem. Appl.*).

Was den Antrag vom Michi Ehmann betrifft, also er hat es schon angesprochen, ein Déjà-vu. Letztes Mal versucht, hat nicht geklappt, man muss nur hartnäckig bleiben in der Politik, dann geht es. Wir befinden uns ja im Kulturjahr 2020. Ein ganz wesentlicher Aspekt von Kultur ist für mich auch die Wirtshauskultur. Die findet leider in der Konzeption des Kulturjahres 2020 jetzt wenig Beachtung, aber ist auch in Ordnung. Das war anders aufgesetzt. Wie gesagt, die Wirtshauskultur ist ein Kulturgut, das es zu erhalten gilt. Es ist ja zu bemerken, dass wir nicht nur in dieser Stadt, sondern insgesamt auch schon vor Corona ein Wirtshaussterben erleben müssen. Die Gastronomie, da wird mir wahrscheinlich auch der Michi Schunko Recht geben, ist ein hartes Brot und insofern ist es wichtig, dass man auch in der angespannten Situation nach Corona den heimischen Wirtshäusern auch unter die Arme greift. Die Wirtshäuser haben eine wichtige Funktion im Grätzel. Der Michi Ehmann hat es in seinem Antrag ausgeführt, sie sind ein Ort der sozialen Begegnung. Sie sind für das Vereinsleben usw., auch für das politische Leben natürlich sehr, sehr wichtig. Es freut mich, dass die SPÖ diesen Gedanken der Unterstützung der Wirtshäuser aufgenommen hat. Also FPÖ haben wir schon vor zwei Jahren die Initiative „Rettet die heimische Wirtshauskultur“ ausgerufen. Als freiheitliche Partei sehen wir es als wichtig an, jetzt den Wirt ums Eck auch zu unterstützen. Denn letztlich können es wir nicht verantworten durch Nichthandeln die Wirte sozusagen ums Eck zu bringen. Du sprichst hier, das hat mir sehr, sehr gut gefallen, von alteingesessenen Traditionsbetrieben und

genauso verstehe ich das auch, die gehören dann, vielleicht in der Ausarbeitung dieses dringlichen Antrages, vorrangig gefördert. Also ich verstehe jetzt nicht unter Wirtshauskultur oder unter kulinarischen Höhepunkten irgendwelche Fastfood-Läden, Pizzastückdurchreichen oder Kebap-Standl. Es freut mich, dass wir hier sozusagen in einer Zangentaktik die Gastronomie insgesamt unterstützen. Ich habe letztens einen Antrag zur Unterstützung der Nachtgastronomie eingebracht. Die SPÖ bringt heute ergänzend dazu diesen Antrag ein. In beiden Fällen gilt, mit jedem Schluck, mit jedem Biss kann man Gutes tun, ob das jetzt am Karmeliterplatz ist, ab morgen „Summer in the City“, kann alle einladen, auch dorthin zu schauen. Also, ein Sommerfestival der Gastronomie in noch nie dagewesener Qualität. Alles ist besser als diese illegalen Saufgelage. Der Kollege Meister hat es letztens genannt „Rudelsaufen“, die wir jetzt im Stadtpark und im Augarten erleben. Alles ist besser als das, das ist geordnet, so wie es sich gehört. Insofern werden wir diesem dringlichen Antrag, der in Form von Gutscheinen im wahrsten Sinne des Wortes die Gastronomie wieder kultivieren möchte, unsere Zustimmung geben (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Lieber Michi Ehmman. Es ist ja bekannt, ein Gulasch wird immer besser, je öfter man es aufwärmt und ich erinnere mich gut auch an das schöne Wort von Franz Vranitzky, der irgendwann einmal vom Aufwärmen alter Hüte gesprochen hat. Na gut, ich habe mir gedacht, wer schnell hilft, hilft doppelt. Unser Statut erlaubt ja Gott sei Dank nicht, dass man gleich per dringlichem Beschluss gleich einmal Millionen ausgibt, sondern, wie du eh richtig formuliert hast, lautet der Dringliche, dass ich etwas prüfen soll und ich habe das schon vorauseilend geprüft. Ich habe mich gestern Abend hingesezt, habe bereits die Beantwortung auch ausformuliert. Wir brauchen es dann nur noch auf Briefpapier übertragen lassen und dir schicken. Ich darf dir daher jetzt gleich das Ergebnis meiner Prüfung mitteilen.

1. Nur, dass wir wissen, wovon wir reden betraglich: Das worüber wir reden, sind ca.

sieben Millionen Euro, von denen wir reden. Wenn der Wiener Finanzstadtrat Hanke im Standard sagt, das ist ja alles kein Problem und das ist ja wichtig, dass wir jetzt aus der Krise herausstarten müssen, dann freut mich das für ihn, dass offenbar Wien in so einer hervorragenden finanziellen Situation ist, sich das alles leisten zu können. Der Herr Hanke hat ja auch gesagt, 40 Millionen, ja wir haben gespart und das ist ja überhaupt kein Problem. Für mich sind sieben Millionen Euro relativ viel Geld, wir haben 120 bis 130 Millionen Euro an Einbußen im heurigen Jahr zu erwarten. Wir haben das in diesem Saal, in diesem Gemeinderatssitzungs-Saal, schon des Öfters eh von mir vorgetragen bekommen. Wenn wir also 120 bis 130 Millionen Euro jetzt vermissen und eigentlich uns darum bemühen müssen, dass wir die Lücke schließen müssen, dann ist es so, dass wir deswegen genau ein Nachtragsbudget zu machen haben und wir im Grazer Stadtstatut eine Bestimmung haben, die lautet, dass wir Neuverschuldungen nur für Investitionen aufnehmen dürfen. Das heißt bei aller Liebe, lieber Michi Ehmann, es ist schlicht und ergreifend so, dass dieser Vorschlag, den du gemacht hast, schlicht und ergreifend durch das Grazer Stadtstatut nicht gedeckt ist. Ich dürfte das gar nicht tun und würden wir jetzt in der nächsten Gemeinderatssitzung oder heute beschließen, hollerdaro, machen wir einen sieben Millionen-Euro-Wirtshausgutschein, wären wir außerhalb des Stadtstatutes.

Das Zweite ist, dass du argumentierst, dass man den Gasthäusern helfen müsse. Dazu möchte ich dir schon sagen, dass es erstens einmal momentan eine massive Unterstützung der Bundesregierung gibt auf dem Wege der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer wird bis zum Ende des Jahres von 20 %-Punkte auf 5 %-Punkte reduziert. Das heißt, die Wirte haben hier eine wesentliche Entlastung und wir haben aus der Zeitung, aus den Medien, von den Wirtschaftsforschern und vom Minister, vom Finanzminister, erfahren, dass das Gesamtvolumen, das sozusagen zugunsten der Gastronomie und der Betriebe aus dieser Umsatzsteuerreduktion eine Milliarde Euro ist. Das heißt, bravo, es gibt eine Milliarde Euro an Volumen, das grundsätzlich für die Wirte und die Gastronomie bereitgestellt wird. Dazu kommt noch, dass wir in Graz sofort am 15. März nach dem Einbruch des Lockdowns beschlossen haben, dass wir die Gastgartengebühren für das heurige Jahr nicht vorschreiben. Wir haben für Mieter in

städtischen Immobilien, und da sind auch Gastwirte darunter, ebenfalls die Miete freigestellt. Das heißt, ich glaube, dass wir insgesamt ein Paket haben, von dem wir mit Fug und Recht sagen können, da sind wir eigentlich schon einmal auf einer guten Seite und ich kenne viele Wirte, die mir eigentlich sagen, also alle Achtung, Kurzarbeitsbeihilfe, Umsatzsteuerreduktion, das ist eigentlich ein ganz faires Paket. Damit kommen wir gut zurecht. Abschließend, würden wir jetzt die sieben Millionen auch noch drauflegen, würden wir eigentlich nur eine Überhitzung herbeiführen, die gar nicht mehr notwendig ist. Wenn Sie durch die Stadt gehen, Sie sehen überall eigentlich volle Gastgärten, Sie sehen gut besuchte Gasthäuser. Daher bin ich also der Meinung, dass es hier tatsächlich, dass wir uns da jetzt auf die Maßnahmen der Bundesregierung und auf die Maßnahmen, die wir schon gesetzt haben, beschränken sollten. Abschließend vielleicht noch eine letzte Bemerkung. Wir wissen, dass es in Wien bereits einen schwunghaften Handel mit den Gutscheinen über Willhaben gibt. Es gibt tatsächlich Probleme auch mit dem Diebstahl, mit der Fälschung von solchen Gutscheinen, daher können wir schon aus rechtlichen, aber auch aus wirtschaftlichen Erwägungen diesem Anliegen leider nicht zustimmen (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.21 Uhr).

Ehmann:

Danke vielmals. Erstens einmal danke, lieber Armin Sippel. Ja, du hast es genauso ausgeführt, wie es gemeint ist und wie der Antrag gemeint ist und ich bedanke mich bei allen jetzt schon, die diese Thematik wirklich ernst nehmen und sich damit auseinandergesetzt haben, nämlich auch in Gesprächen mit Wirtinnen und Wirten. Da komme ich aber gleich dazu, weil offensichtlich ist es so, dass unser Finanzstadtrat vielleicht hollerdaro durch die Herrengasse schlendert, aber vielleicht nicht abseits der Herrengasse Wirtsstuben besucht, denn dann wüsste er, dass es andere Meinungen dazu gibt und andere Gegebenheiten. Da spreche ich davon, dass bei vielen

Unternehmerinnen und Unternehmern, Wirtinnen und Wirten nichts angekommen ist von Hilfen und ich glaube, hier nicht mehr die Zeit bleibt, darauf zu warten, ob jetzt Mehrwertsteuer, oder was auch immer in petto ist, gesenkt zu werden. Das sind gute Schritte, das mag ich gar nicht bestreiten. Ich mag auch nicht bestreiten, dass die Stadt schon etwas getan hat dazu, das habe ich in meinem Antrag auch nicht behauptet, dass hier nichts getan wird, sondern ich habe gesagt, wir brauchen hier ein zusätzliches Mittel, einen zusätzlichen Effekt und deshalb bringen wir das auch ein, und die sieben Millionen werden es wahrscheinlich, wenn es lauter Mehrpersonenhaushalte sind. Es gibt aber auch Singlehaushalte in Graz, es wird wahrscheinlich nicht auf diese sieben Millionen kommen, wie der Herr Finanzstadtrat gerechnet hat und wenn er mir sagt, ja das wäre ein verlorenes Geld oder wie auch immer und das können wir gar nicht und das wäre viel zu viel Aufwand etc., dann darf ich nur an ein Beispiel erinnern von sehr vielen, um das nicht zu langatmig zu machen. Aber für die Plabutschgondel wurde übrigens eine Million Euro ausgegeben an Planungsleistungen udgl. und bei dieser einen Million Euro ist es dann geblieben, nämlich das aus dem Fenster rausgeschmissen. Glücklicherweise, muss man fast sagen, in diesem Fall, weil sie nicht kommt und weil sie nicht umgesetzt wird, weil sonst hätte es uns über 40 Millionen gekostet. Aber das ist wurscht. Aber sieben Millionen Euro oder nicht einmal sieben Millionen Euro, wenn man die Einpersonenhaushalte rechnet, dafür aufzuwenden, dass man Arbeitsplätze sichert, dass man Wirtinnen und Wirte unterstützt und den Grazerinnen und Grazern etwas Gutes tut, da bin ich dann auch froh, dass das über Livestream gesendet wird. Danke für die Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde (gegen ÖVP und NEOS) angenommen.

**8.8 Kein Raum für Sexismus
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auch im Livestream. Wenn man von Sexismus spricht, dann spricht man eben nicht von einem Einzelfall oder man spricht auch nicht von einem weit entfernten Phänomen. Man spricht von einem System, das eine Gruppe benachteiligt. Wir sehen das z.B. bei gender pay gap, wir sehen das auch in Graz in der Politik. Wir haben weniger Frauen als Männer im Gemeinderat, wir haben in der Koalition, die unsere Stadtregerung bildet, keine einzige Frau und dieses System hat auch in unserem Gemeinderat Einzug gehalten, und auch in unserem Gemeinderat wird dieses sexistische System ganz gezielt eingesetzt. Und neben dem sehr erhöhten Lärmpegel, wenn Frauen am Wort sind, neben den Zwischenrufen, die beleidigend sind und die immer öfter auch die Sitzung stören, neben dem kommt es hier am Pult immer dann vermehrt zu sexistischen Aussagen, wenn eben nicht auf die inhaltlichen Argumente von Frauen eingegangen werden will. Und ich habe das auch erlebt hier in Graz; bei meiner ersten Spezialrede zum Sozialbereich 2018 habe ich jede einzelne Zahl mit der Verwaltung abgeklärt, habe jede einzelne Zahl darin mehrmals gecheckt und nach meiner Rede habe ich vom Bürgermeister Nagl selbst nicht gehört, diese oder jene Zahl sehe ich so nicht, diese oder jene Tatsache ist nicht so richtig. Ich habe gehört und ich habe es extra herausgesucht aus dem Protokoll: „Lieber Michi Ehmman, ich habe eine Riesenbitte an dich, wie kannst du eine junge Gemeinderätin so rausschicken und nehme sie da selbst gar nicht in Verantwortung“. Man hat also nicht mich selbst für meine Argumente und für meine Sachlichkeit quasi, ist nicht darauf eingegangen, was ich gesagt habe, man ist über meinem männlichen Klubobmann auf mich zurückgekommen und hat versucht, darüber Kontrolle auszuüben. Und dieses Vorbild zeigt auch Wirkung. Als meine Gemeinderatskollegin Alex Marak-Fischer ihr Mandat zurückgelegt hat und wir in diesem Gemeinderat über das durchschnittliche unterschiedliche Lohnniveau von Frauen und Männer in der Stadt Graz geredet haben,

hat mein Klubobmann gehört von irgendwo aus den Reihen dahinten: „Bei euch ist die falsche Frau zurückgetreten.“ Und auch in der letzten Sitzung habe ich, wie viele andere junge Gemeinderätinnen schon vorher, wieder einmal nach einer Wortmeldung von mir, die Inhalte und Argumente gebracht habt, gehört, mein Klubobmann hat mich nicht im Griff. Und mir ist es wichtig, auch heute hier an diesem Pult zu sagen und beim öffentlichen Livestream zu sagen: Ich bin zwar jung und bin zwar eine junge Frau, und sehr viele von Ihnen werden nicht müde, das zu betonen, dass ich jung bin, aber ich bin trotzdem eine unabhängige und bin eine emanzipierte Politikerin und Frau und als diese hat mich niemand im Griff und als diese kämpfe ich meine Kämpfe selber (*Allgem. Appl.*).

Und als Frau fragt man sich dann immer, muss ich da drüberstehen? Muss ich das aushalten? Und ich sage jetzt ganz klar hier, nein, ich muss das nicht aushalten, und wir in der Stadt Graz als Frauen und als weibliche Mandatarinnen müssen es nicht aushalten. Wir müssen nicht aushalten, wenn es unterschiedliche Behandlung von Frauen im Gemeinderat gibt zu Männern im Gemeinderat. Das ist nicht etwas, was wir bezahlt bekommen (*lacht*), das ist nicht etwas, das irgendwo steht, was wir aushalten müssen. Das ist etwas, was wir uns angelehrt haben und was wir uns deswegen auch wieder ablernen können. Und ich hoffe, dass wir uns heute in dieser Diskussion um diesen Antrag es sparen, dass weibliche Kolleginnen sich hier hinstellen und das Verhalten von manchen Männern in diesem Raum rechtfertigen müssen, wie es z.B. in Tirol der Fall war und ich hoffe auch, dass wir es uns sparen, dass wieder die Diskussion ausartet und dass man von einer sachlichen Ebene abwandert in Untergrifflichkeiten. Ich glaube, dieses Gremium ist dieser nicht würdig. Ich glaube, dieses Gremium ist dieser Diskussionskultur, die Einzug gefunden hat in der letzten Zeit, nicht würdig. Aber ich glaube trotzdem fest daran, dass eine Schulung diesbezüglich, egal ob jung oder alt, egal von welcher Partei, uns allen etwas bringen könnte. Erstens, das Klima in diesem Gremium zu verbessern und zweitens, die Demokratie und die Diskussionskultur zu verbessern, weil in unserer Demokratie leben wir davon, dass wir sachliche Diskussionen führen und wir leben davon, dass wir unsere Standpunkte austauschen

und dieser Standpunkt sachlich argumentieren und nicht mit Untergrifflichkeiten handhaben (*Appl. von Grünen, KPÖ, SPÖ*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Spricht man von Sexismus, meint man nicht einen Einzelfall oder ein weit entferntes Phänomen. Spricht man von Sexismus meint man ein System, das ein Geschlecht systematisch benachteiligt. Frauen leisten einen erheblichen Teil der Arbeit und sind in Graz in der Mehrheit, erhalten aber weniger Geld für ihre Arbeit und stellen nur 21 der insgesamt 48 GemeinderätInnen und lediglich zwei der insgesamt sieben StadtsenatsreferentInnen. Sexistische Verhaltensmuster und misogynen Aussagen sind in unserer Gesellschaft normalisiert und machen somit auch nicht vor dem Gremium des Gemeinderates halt.

„Der Klubobmann soll seine junge Gemeinderätin im Griff haben“, „die ist doch hysterisch“ oder „die junge (grüne) Gemeinderätin hat es halt schwer in Graz“ sind nur die aktuellsten verbalen Übergriffe, denen sich weibliche Gemeinderätinnen in Graz ausgesetzt gesehen haben. Das Klima im Gemeinderat - auch gegenüber Frauen - lässt immer öfter keinen politischen Dialog mehr zu. Wir erleben immer öfter, dass inhaltliche Argumente mit Untergrifflichkeiten und sexistischen Sprüchen quotiert werden, einfach nur um einer inhaltlichen Debatte aus dem Weg zu gehen.

Doch unsere Demokratie lebt von der inhaltlichen Debatte und darin sollte Sexismus keinen Platz finden. Arbeiten wir nicht daran, solche Verhaltensmuster abzulegen, werden sie uns noch lange beschäftigen. Im Angesicht unserer Demokratie und auch dem Bild, das wir unseren Grazerinnen und Grazern von unserer kommunalen Demokratie vermitteln, sollten wir dringlichst anfangen, die Gleichstellung der Geschlechter sowohl in der Sprache als auch in der politischen Debatte in diesem Raum zu leben.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Alle Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates werden verpflichtet, ihre Sprache und ihr Verhalten im Rahmen einer Anti-Sexismus-Schulung zu reflektieren.

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kollegen, liebe Zuhörer. Ganz als Erstes möchte ich sagen, Meinungsfreiheit und Redefreiheit, das ist für uns sehr, sehr wichtig und deshalb haben wir im Gemeinderat auch gewisse Bestimmungen, an die wir uns alle halten. Es stimmt, seit wir hier in der Messe sind, ist die Stimmung etwas aufgeheizter, aber das muss nicht immer nur ein Nachteil sein, weil wenn Diskussionen emotionaler werden, dann kann es auch sein, dass die Stimmung ein bisschen aufgeheizt ist, aber das ist ja auch gut so, weil dann wird über Probleme gesprochen und dann werden gemeinsam Lösungen gefunden. Vielleicht liegt aber die aufgeheizte Stimmung auch an der Liveübertragung oder möglicherweise auch an der Krise? Ich weiß es nicht wirklich. Aber meiner Meinung nach sollte ein Politiker, der sich für Veränderung einsetzt, der sich für andere Menschen einsetzt, auch etwas aushalten. Und vor allem jemand, der kräftig austeilen kann, der muss auch ein bisschen etwas einstecken können (*Allgem. Appl.*). Ich weiß jetzt nicht genau, was das Problem wirklich ist, vielleicht sind es die Zwischenrufe? Aber Zwischenrufe, das sind eine gelebte politische Kultur und da kann man sich selbst aussuchen, wie man damit umgeht. Da muss man sich einen Weg finden. Soviel muss man als Politikerin schaffen. Vielleicht sind es auch Bemerkungen einzelner Gemeinderäte. Da finde ich, da sollte man einfach das Wort mit diesen einzelnen Personen finden, weil natürlich gewisse Aussagen sind nicht in Ordnung. Ich sitze in den vorderen Reihen. Ich höre das nicht, was von hinten kommt, aber ich finde, man sollte sich nicht irritieren lassen und gewisse Aussagen, das sagt etwas aus über Disziplin und gutes Benehmen und das sagt

nichts aus über unseren Grazer Gemeinderat, der das höchste Organ der Stadt Graz ist. Manchmal kommt es mir aber vor, wenn manchen Fraktionen die Argumente ausgehen und die nötige Aufmerksamkeit oder die gefühlte Aufmerksamkeit fehlt, dann kommen sie mit der einen oder anderen Keule. Heute ist es die Sexismuskeule. Wenn die nicht wirkt, dann ist es eine andere Keule und das finde ich einfach schade. Weil das ist jetzt keine sachliche Diskussion meiner Meinung nach. Es ist schade, dass diese Sozialdemokratie keine anderen Sorgen hat und das sehe nicht nur ich so, sondern das entnehme ich auch den sozialen Medien. Aber das ist halt so. Unsere Sorgen sind, wie beleben wir die Wirtschaft, wie erhalten und schaffen wir Arbeitsplätze in unserer Stadt und unsere Sorge ist auch die Gesundheit unserer Bevölkerung. Deshalb bekommen Sie von uns heute keine Zustimmung zur Dringlichkeit, aber ich kann Ihnen versichern, wir Freiheitlichen, für uns ist jede Person, jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin gleich viel wert (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Schwentner:

Nachdem der Antrag wahrscheinlich keine Dringlichkeit erreichen wird, werde ich mich dann doch vorher melden. Ich finde das schon bemerkenswert. Ich hätte mir zumindest in dem Zusammenhang eine ernsthafte Debatte erwünscht. Das ist ein sehr ernsthaftes Thema und es ist nichts, was abgeordnete Mandatarinnen einfach einstecken müssen, Frau Kollegin. Ich habe mir erhofft die Debatte. Ich habe es mir nicht erwartet. Es bestätigt eigentlich eher diesen gesellschaftlichen, politischen Zustand, den man hier erlebt. Die Offenheit für die Debatte hätte nämlich den Vorteil gehabt, dass wir uns mit etwas auseinandersetzen, was wir tagtäglich erleben, was tagtäglich vorkommt auf der Straße, in Büros, in Geschäften, in Lokalen, im privaten Umfeld, in sozialen Netzwerken, in Zeitschriften, in Filmen, in der Werbung, in der Öffentlichkeit und ,ja, hier im Gemeinderat. Ich habe es auch schon erlebt. Wir erleben das fast in jeder Sitzung. Heute gab es offensichtlich Rücksicht oder eine Zurückhaltung. Aber wir kennen es alle und wir werden weiterhin nicht müde, darauf aufmerksam zu machen und deswegen danke ,Anna, für diesen Antrag. Ich halte ihn

für sehr wichtig (*Allgem. Appl.*). Ich erwarte mir nämlich von einem modernen, von einem aufgeklärten Gemeinderat, dass wir darüber reden. Vom obersten Organ der Stadt Graz, der zweitgrößten Stadt in Österreich, dass wir uns ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Es war heute auch im Parlament Thema. Vielleicht haben Sie es schon gehört, Upskirting soll verboten werden. Manche, die es nicht gehört haben, aber vielleicht schon getan haben, das ist, Frauen zu fotografieren. Sie brauchen nicht lachen, Herr Abgeordneter Lohr. Das sind Frauen, denen in das Dekolleté fotografiert wird oder unter den Rock, das ist tagtäglich leider auch Praxis. Auch gegen Hass im Netz wird weiter vorgegangen. Auch gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner der ÖVP. Leider gibt es hier im Gemeinderat wenig Verständnis dafür. Der Gemeinderat ist trotzdem kein Oktoberfest, obwohl es manchmal so klingt und die Kollegin Schönbacher hat es schon angesprochen, es geht hier manchmal heiß zu, aber ich habe es manchmal im Gemeinderatssaal im Rathaus so erlebt. Es geht um eine Streitkultur tatsächlich. Da steckt das Wort Kultur drinnen und es geht immer wieder darum, wie wir mit Debatten umgehen. Wie wir miteinander umgehen. Wie wir gemeinsam daran arbeiten, wie wir vielleicht Fehler machen, das sehen und auch eingestehen. Auch das ist Größe, sich für Fehler zu entschuldigen. Das passiert leider viel zu selten. Letztens von einer jungen Frau, wie der Tamara Ussner, in der letzten Gemeinderatssitzung (*Appl.*). Es war auch schon erwähnt, dass Politik ist ein sehr männliches Umfeld hat und sie ist sehr geprägt durch männliche Umgangsformen, durch eine männliche Sozialisierung und es ist uns vielleicht nicht immer allen klar, was Sexismus ist. Wo die Grenze beginnt. Wo es beginnt, was herabwürdigend empfunden wird. Es ist vielleicht gar nicht immer so gemeint und daher ist es wichtig, dass es eine Auseinandersetzung mit dem Thema gibt. Das beginnt nämlich damit, wenn eine Frau belächelt wird, wie Sie das gerade tun.

Zwischenruf GR Sippel: Im Gegensatz zu Ihnen bin ich völlig spaßbefreit.

StRⁱⁿ Schwentner:

Wenn man ausgelacht wird. Wenn man als frustriert bezeichnet wird, genau. Wenn man permanent unterbrochen wird. Wenn man übertönt wird, wie das ständig Frauen passiert, wenn sie hier im Gemeinderat sprechen. Es gibt Kommentare zur Bekleidung oder wenn einem Kollegen dem anderen, habe ich auch schon erlebt, ein schlüpfriges Bild auf dem Handy zeigt. Das passiert auch hier. Und es ist ja eigentlich kein Frauenthema. Leider hat ja bislang kein Mann gesprochen, außer von da herinnen heraus.

*Undeutlicher Zwischenruf von **GR Sippel***

StRⁱⁿ Schwentner:

Vielleicht kommen Sie heraus und nehmen Stellung dazu. Es sollte ein Männerthema sein. Wir machen die „Luise ist da“-Schulungen. Sie haben davon gehört von dem Projekt, da kommen Gastronomen und Gastronominnen. In einer sehr angenehmen Atmosphäre werden sie geschult in dem, was Sexismus in Lokalen bedeutet. Auch dort passiert es tagtäglich. Gemeinsam mit der Polizei, und es gibt sehr konstruktive Gespräche und die meisten sind nachher sehr dankbar darüber, weil sie sehr viel Neues erfahren haben. Ich finde es schade, dass der Antrag und das Anliegen von der Anna Robosch nicht entsprechend ernst genommen wird und ich habe ein Angebot, wer sich doch entschließt und offen für das Thema sich zeigt, das Frauenreferat der Stadt wird eine zweistündige Schulung anbieten. Vielleicht mag der eine oder andere dann abseits von Polemik oder Häme sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigen und an der Schulung teilnehmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Gemeinbauer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Stadtregierung, liebe Anna Robosch. Wie ich vor zwei oder drei Tagen in einer österreichweiten Tageszeitung von deinem Anliegen gelesen habe, war ich im ersten Moment schon sehr erschrocken und habe mich dann auch auf die heutige Debatte ausführlichst vorbereitet und möchte natürlich sagen, dass wir nicht erst seit der Hashtag/MeToo-Debatte in der Politik dahingehend ein Problem haben, sondern schon viel länger und derzeit leider auch mit vielen Debatten bzw. vielen Anlässen aus anderen Bundesländern und vielleicht die eine oder andere auch bei uns. Aber es kommt auch vor, dass hier im Gemeinderat unbewusst das eine oder andere flapsige Wort bzw. ein flapsiger Satz fällt und darf ich auch den Klubobmann Ehmann zitieren, der in der letzten Gemeinderatssitzung, wie er seinen geradezu vorher neuerlich eingebrachten Wirtshausgutschein, den er jetzt durchgebracht hat, auch mit einem flapsigen Satz unterstrichen hat, indem er gesagt hat: „Die Familie geht gerne shoppen in Graz und es kann ja sein, dass der Herr im Wirtshaus sitzt und die Gattin geht shoppen.“ Ich möchte damit einfach nur sagen, dass wenn man lustig sein möchte und bummelwitzig ist, dass das vielleicht auch als Witz hingenommen werden kann und jetzt keine sexistische Attacke ist, liebe Anna Robosch. Und ich möchte dir auch versichern als Klubobfrau der Grazer ÖVP, dass ich persönlich darauf achten werden, dass sexistische Entgleisungen in meinem Klub sicher nicht stattfinden werden. Ich werde es auch nicht zulassen, dass dem Grazer Gemeinderat als Gremium systematischer Sexismus vorgeworfen wird. Das ist schlichtweg falsch. Ich lasse es nicht zu, dass du hier den Gemeinderat in seiner Gesamtheit diskreditierst und alle seine Mitglieder als Sexisten darstellst, die sich Frauen gegenüber nicht angemessen zu benehmen wüssten. Und es sind vor allem die von dir im Antrag gebrachten Beispiele, die für diese pauschalierte Anklage und als Nachweis für Sexismus nicht wirklich taugen. Im Gegenteil, mit diesem Antrag schadest du dem eigentlichen Anliegen, nämlich dem Kampf gegen Sexismus in der Politik, und wie schon erwähnt, da gibt es gerade zahlreiche aktuelle Beispiele. Ich bin dir trotzdem dankbar für dieses Thema, weil es mir als Frau in der Politik wirklich sehr wichtig ist und auch die Chance gibt, etwas auszusprechen, was mir am Herzen

liegt. Wenn wir als Frauen in der Politik zu Recht ernst genommen werden wollen und auf Augenhöhe mit männlichen Politikern sprechen bzw. uns austauschen, dann müssen wir auch damit aufhören, jede politische Diskussion und Auseinandersetzung dadurch zu verunmöglichen, in der harmlose Aussagen bewusst missverstanden werden und beispielsweise jede Aussage über das tatsächliche Lebensalter als Sexismus gewertet wird. Damit tust du dir, der politischen Debatte und uns in der Glaubwürdigkeit, und da spreche ich jetzt für uns Frauen, leider nichts Gutes. Ich möchte aber damit nicht schützend vor Unhöflichkeiten, Verunglimpfungen und Respektlosigkeit in der politischen Debatte hier stellen. Das liegt mir fern. Allerdings ist es mir wirklich wichtig auszusprechen, liebe Anna, in der Sprache liegt die Reaktion, und ich kann dir versichern, mir hat noch niemand gegenüber hier am Pult einen bösen Zwischenruf herausgerufen, den ich jetzt als sexistisch für mich gewertet habe. Ich wurde auch noch nie am Rückweg zu meinem Platz dort und da mit einer höhnischen Bemerkung attackiert. Obwohl das Wort attackiert auch falsch und überzogen ist. Und von daher möchte ich wirklich in diesem Gremium bitten, dass wir mehr Wert auf die Sprache legen und damit, denke ich, wird ein gutes Auskommen in Zukunft auch möglich sein. Und liebe Anna, weil ich dein Thema wirklich sehr ernst genommen habe, habe ich mir auch euer Manifest der Sozialistischen Jugend quergelesen, weil 140 Seiten kann man nicht so schnell lesen, zum Thema Sexismus und da möchte ich für uns alle gemeinsam folgenden Satz herauslesen dürfen, den du auch abschließend gesagt hast: Respektvolles Umgehen miteinander und das Akzeptieren von Grenzen sind die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Kampf für eine andere Gesellschaft. In diesem Sinne, liebe Anna, ist für uns dein Wunsch, und dem werden wir nicht nachkommen, für die Antisexismusschulung gegenstandslos. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich finde es eigentlich schade, dass ich mich hier zu Wort melden muss, weil ich mir dachte, bei dem Antrag,

den brauchen wir nicht zu diskutieren, dem können wir eigentlich zustimmen. Aber jetzt merke ich, dass eines nicht verstanden wird, nämlich Sexismus ist nicht etwas, zum Teil doch sicher etwas, was man in böser Absicht tut. Sexismus ist eigentlich etwas, was man systemimmanent und zwar in einer patriarchal geprägten Gesellschaft, die bewusst so gemacht wurde und weil der Herr Sippel heute meinte, ich hätte nicht so viel Ahnung von Geschichte, also werde ich einmal näher nachlesen, weil ich habe es heute zufällig dabei, weil ich es gerade lese von Silvia Federici. Die hat mit „Caliban und die Hexe“ da schon eine sehr gute Aufarbeitung gemacht. Das ist die Kurzzusammenfassung, erweiterte Kurzzusammenfassung, in der sie schreibt, wenn also im Mittelalter eine Frau noch so dargestellt werden konnte, dass sie ihrem Mann die Stirn bietet und sogar in einen handfesten Streit mit ihm gerät, erwartete sie Ende des 16. Jahrhunderts eine schwere Bestrafung für jegliche Demonstration von Unabhängigkeit oder Kritik an ihrem Gatten. Und weiters schreibt sie, die Gewalt gegen Frauen verschwand nicht mit dem Ende der Hexenverfolgung oder der Abschaffung der Sklaverei. Im Gegenteil, sie wurde normalisiert. Zwar wurde die Gewalt gegen Frauen als struktureller Aspekt der Familien und Schänderverhältnisse normalisiert, doch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte übersteigt bei Weitem die Norm. Ich denke mir, das sind Tatsachen, denen wir uns alle stellen müssten, die wir auch selbst hinterfragen müssten und es ist keine Schande, das zu hinterfragen in einem gesellschaftlichen Kontext und sich dabei selbst zu hinterfragen und genau dafür das zu tun, wäre eine Schulung sehr wichtig (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Gmeinbauer. Allen voran möchte ich danke sagen, mit welcher Ernsthaftigkeit du da herausgegangen bist und das Thema behandelt hast und auch danke für dieses Beispiel, dass dieser flapsige Satz in der letzten Sitzung gefallen ist. Aber ich glaube, bei uns zumindest in unserer Fraktion ist es so üblich, dass wir Anträge diskutieren und natürlich auch uns selbst reflektieren und in dem Sinne hätten wir ja alle hier in diesem Raum anwesenden

Mitglieder bei dieser Antisexismusschulung ihr eigenes Verhalten reflektieren und ich glaube, dass z.B. bei uns sehr oft mehr im Bewusstsein ist, dass man immer wieder hinterfragen muss und immer wieder sagen muss, ok, das war vielleicht gerade nicht ok, diese Aussage war vielleicht nicht so überdacht, aber ich bin bereit, weiter zu lernen. Aber mit eurer Abstimmung heute und auch mit diesem Vorwurf, dass systematischer Sexismus hier nicht stattfindet, zeigt sich im Endeffekt genau das, dass ihr nicht bereit seid, weiter zu lernen. Ihr seid genau nicht bereit, euch zu hinterfragen und zu reflektieren und zu sagen, vielleicht haben wir in der Vergangenheit wirklich den einen oder anderen Fehler gemacht. Und ich stehe hier nicht als eine junge Frau, die selbst quasi frei von Fehlern ist. Ich wäre ja auch gerne bereit, in dieser Schulung mein eigenes Redeverhalten und meine eigene Sprache zu hinterfragen. Aber das macht ihr nicht möglich, weil ihr von vorneherein sagt, nein, ich will das gar nicht. Ich will das nicht hinterfragen. Und zu dem Vorwurf, dass ich gesagt habe, dass systematischer Sexismus bedeutet, wir sind alle Sexisten, das stimmt einfach nicht so. Wir sind einfach in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der es viele Formen von Sexismus gibt, auch ua. solche Untergrifflichkeiten in diesem Raum. Aber das heißt nicht, dass wir alle deswegen Sexisten und Sexistinnen sind, sondern das heißt einfach, dass es in unserer Gesellschaft normal ist, solche Dinge zu tun und es ist normal, solche Aussagen zu tätigen und es wird dann auch noch den Frauen gesagt, sie müssen es aushalten. Das ist auch normal und ich bin, noch einmal, nicht bereit, es weiterhin einfach zu sagen: Ich muss es aushalten. Wir müssen es nicht aushalten. Wir müssen es nicht aushalten, dass wir Dinge nur zu Frauen so sagen. Und bezüglich meines Alters, ich habe das ja aus einem gewissen Grund gebracht. Wir sagen immer nur zu Frauen, um sie klein zu machen, dass sie jung sind, dass sie unerfahren sind, dass sie das und jenes nicht sagen. Die gleichen Aussagen, die hier getätigt werden, von wegen im Griff haben oder unter Kontrolle haben oder frustriert sein oder all diese Dinge, haben wir noch nie zu einem Mann in diesem Raum gesagt. Und das ist das Problem an dem Sexismus, den es da herinnen gibt, dass uns nicht bewusst wird, dass gewisse Sachen einfach normal sind, nur zu Frauen zu sagen und das wäre nicht normal, solche Sachen zu Männern zu sagen. Deswegen finde ich es persönlich sehr

schade, dass die ÖVP und FPÖ scheinbar nicht bereit sind, weiter zu lernen, weil ich glaube, aus einer Bildungsorganisation wie der SJ kommend, dass man wirklich Sachen wieder ablernen kann. Und ich glaube auch, dass es für die Buben einer Generation möglich wäre, Sachen abzulernen. Aber ihr seid einfach schon von vorneherein nicht bereit dazu (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde (gegen SPÖ, KPÖ, NEOS, Grün) abgelehnt.

8.9 Maßnahmen für die zweite Welle (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Gemeinderäte, liebe Gemeinderätinnen, liebe alle zu Hause. Wir fangen jetzt an, den Sommer zu genießen. Die Sommerferien beginnen, allerdings gibt es für COVID 19 keine Sommerferien. So sieht es zumindest aus. Die Infektionszahlen steigen wieder und es kommen entsprechende Warnungen von Experten und auch von Seiten der Bundesregierung. Es ist wichtig, die flächendeckende Corona-Teststrategie jetzt auszurollen und die richtigen Schlüsse aus den Erkenntnissen der ersten Welle zu ziehen. Nur so können wir garantieren, die Grazer und Grazerinnen bestmöglich vor dem Virus zu schützen und uns auf eine eventuelle zweite Welle perfekt vorzubereiten. Daher bedarf es Informationen in den stadteigenen Medien über Symptome, Schutzmöglichkeiten und über die Gesundheitshotline 1450. Darüber hinaus soll die Stadtregierung an die Bürgerinnen appellieren, in geschlossenen Räumen vorsichtshalber doch Schutzmasken zu tragen. Neben der Verkleinerung von Betreuungsgruppen gegen Cluster-Bildung in Kinderbetreuungseinrichtungen müssen Lehrende bestmöglich auf ein erneutes Distance Learning vorbereitet werden. Der Lockdown machte schließlich die schulischen Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung deutlich sichtbar.

Innerhalb kürzester Zeit musste der Schulbetrieb auf digitale Fernlehre umgestellt werden, ein Umstieg, der viele Lehrer und Lehrerinnen an ihre Grenzen brachte. Um dem entgegenzuwirken, muss die Stadt Graz die Sommerferien nutzen und freiwillige Digitalisierungsschulungen für Lehrende anbieten, damit die Ausbildung der Schüler, der Schülerinnen in diesem Jahr nicht noch mehr leidet. Um die Stadt Graz bestmöglich auf eine zweite Corona-Welle vorzubereiten und weiteren Schaden abzuwenden, stelle ich daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle wie folgt beschließen:

1. Die Stadt Graz möge sich beim Bundes- und Landesgesetzgeber für eine Ausweitung der Corona-Testungen einsetzen und eine verpflichtende Testung des engeren Umfeldes von Covid-19-positiven Fällen fordern.
2. Die Stadt Graz wird auf Infoscreens in öffentlichen Verkehrsmitteln, in der BIG und in anderen stadteigenen Medien intensiver über die Gefahr, über die Symptome und die Schutzmöglichkeiten vor Covid19 aufklären sowie auf das Gesundheitstelefon 1450 verweisen.
3. Die Stadt Graz wird bis zum Ende des Jahres über die stadteigenen Medien verstärkt an die Eigenverantwortung der GrazerInnen appellieren und unabhängig von Verordnungen des Bundesgesetzgebers das Tragen eines mechanischen Mund-Nasen-Schutzes in geschlossenen Räumen zumindest empfehlen.
4. Die Stadt Graz möge in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen prüfen, ob eine temporäre Verkleinerung der Betreuungsgruppen umsetzbar ist, um im Falle einer Covid-Infektion innerhalb einer Betreuungsgruppe die weitere Ausbreitung kleinstmöglich zu halten.
5. Die Stadt Graz möge sich beim Bundes- und Landesgesetzgeber einsetzen, dass in den Sommerferien Digitalisierungsschulungen für Lehrende angeboten werden,

damit die Pädagoginnen und Pädagogen im Falle erneuter Covid-bedingter Schulschließungen bestmöglich auf Home Schooling und Distance Learning vorbereitet sind (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die letzten Monate waren für alle ÖsterreicherInnen eine entbehrungsreiche Zeit. In fast allen Lebensbereichen mussten wir weitreichende Einschränkungen unserer Freiheit hinnehmen, um uns und unsere Mitmenschen zu schützen. Durch das disziplinierte Verhalten der Bürgerinnen und Bürger konnte jedoch Schlimmeres abgewendet werden. Mit dieser Disziplin konnten wir uns nun eine fröhliche Verschnaufpause verdienen und nun die wiedererlangte Freiheit genießen.

Für Covid-19 gibt es jedoch keine Sommerferien. Leider steigen die Infektionszahlen wieder und entsprechende Warnungen vor einem Wiederaufflammen der Krankheit kommen sowohl von Experten, als auch von Seiten der Bundesregierung. Es ist an der Zeit die angekündigte flächendeckende Corona-Teststrategie auszurollen und aus den Erkenntnissen der ersten Welle die richtigen Schlüsse zu ziehen. Nur so können wir uns auf eine eventuelle zweite Welle bestmöglich vorbereiten.

Um die Grazerinnen und Grazer bestmöglich vor dem Virus zu schützen, soll daher eine flächendeckende Informationskampagne in den stadteigenen Medien über Symptome, Schutzmöglichkeiten und über die Gesundheitshotline 1450 informieren. Darüber hinaus soll der Appell an die BürgerInnen ergehen, in geschlossenen Räumen freiwillig Maske zu tragen.

Neben der Verkleinerung von Betreuungsgruppen gegen Cluster-Bildung in Kinderbetreuungseinrichtungen, müssen Lehrende bestmöglich auf ein erneutes Distance Learning vorbereitet werden. Der Lockdown machte die schulischen Versäumnisse im Bereich der Digitalisierung deutlich sichtbar. Innerhalb kürzester Zeit musste der Schulbetrieb auf digitale Fernlehre umgestellt werden, ein Umstieg, der

viele LehrerInnen an ihre Grenzen brachte. Um dem entgegenzuwirken muss die Stadt Graz die schulischen Sommerferien nutzen und freiwillige Digitalisierungsschulungen für Lehrende anbieten damit die Ausbildung der SchülerInnen in diesem Jahr nicht noch mehr leidet.

Um die Stadt Graz bestmöglich auf eine zweite Corona-Welle vorzubereiten und weiteren Schaden von den Grazerinnen und Grazer abzuwenden, stelle ich daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz möge sich beim Bundes- und Landesgesetzgeber für eine Ausweitung der Corona-Testungen einsetzen und eine verpflichtende Testung des engeren Umfeldes von Covid-19-positiven Fällen fordern.*
- 2.) Die Stadt Graz wird auf Infoscreens in öffentlichen Verkehrsmitteln, in der BIG und in anderen stadteigenen Medien intensiver über die Gefahr, Symptome und die Schutzmöglichkeiten vor Covid19 aufklären sowie auf das Gesundheitstelefon 1450 verweisen.*
- 3.) Die Stadt Graz wird bis zum Ende des Jahres über die stadteigenen Medien verstärkt an die Eigenverantwortung der GrazerInnen appellieren und unabhängig von Verordnungen des Bundesgesetzgebers das Tragen eines mechanischen Mund-Nasen-Schutzes in geschlossenen Räumen empfehlen.*
- 4.) Die Stadt Graz möge in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen prüfen, ob eine temporäre Verkleinerung der Betreuungsgruppen umsetzbar ist, um im*

Falle einer Covid-Infektion innerhalb einer Betreuungsgruppe die weitere Ausbreitung kleinstmöglich zu halten.

- 5.) *Die Stadt Graz möge sich beim Bundes- und Landesgesetzgeber einsetzen, dass in den Sommerferien Digitalisierungsschulungen für Lehrende angeboten werden, damit die Pädagoginnen und Pädagogen im Falle erneuter Covid-bedingter Schulschließungen bestmöglich auf Home Schooling und Distance Learning vorbereitet sind.*

GR Meister:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist wichtig, dass man sich mit dem Problem einer möglichen, ich will nicht sagen zweiten Welle, aber eines weiteren Bestehens von Infektionen und ihrer Wiederausbreitungen wahrscheinlich in einem nicht so großen Ausmaß, wie wir das hatten, auseinandersetzt und prinzipiell finde ich den Antrag von den Neos gut. Aber ich habe ein Anliegen und zwar es ist so, dass der öffentliche Gesundheitsdienst, der ja diese Infektionen betreut und nachverfolgt, eigentlich in der Zeit der Pandemie an die Grenzen seiner Möglichkeiten geraten ist und es wurde in Deutschland bereits vom Gesundheitsminister Spahn eine Aufstockung des öffentlichen Gesundheitsdienstes angeregt und der spricht davon, dass er pro 20.000 Einwohner, um Kontakte von Infizierten erweitert zu verfolgen, fünf MitarbeiterInnen pro 20.000 Einwohner zusätzlich ansteht. Deshalb finde ich es ganz wichtig, weil die Arbeit, die Nachverfolgung und die Dokumentation, Bewertung und das Aufspüren von Kontaktpersonen sehr zeitaufwendig sein kann und auch eine gewisse persönliche Erfahrung benötigt, dass wir schauen, dass ausreichend Personal und Mittel zur Verfügung stehen und zwar nicht nur für die Stadt Graz, sondern für alle österreichischen Bezirksverwaltungsbehörden. Das heißt, der Zusatzantrag, den ich stellen werde, der ist in der Hinsicht budgetrelevant, dass die Stadt Graz vom Bund Geld erbittet, damit das städtische

Gesundheitsamt seinen Aufgaben noch besser nachkommen kann. Und zwar lautet der Zusatzantrag so:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an die Bundesregierung mit der Forderung heran, die personellen und finanziellen Ressourcen der lokalen Gesundheitsbehörden in Magistraten und Bezirkshauptmannschaften deutlich aufzustocken, damit das „Contact Tracing“ zur Eindämmung der Corona-Pandemie auch künftig sichergestellt werden kann.

Ich bitte um Annahme.

Und möchte noch etwas dazu sagen: Wir haben als Allgemeinmediziner die Situation, dass wir nicht nur auf 1450 verweisen können, sondern dass wir auch Verdächtige, auch potentiell Infizierte über das Epidemiegesetz digital an die Gesundheitsämter melden können. Wenn wir das tun würden, würden die Gesundheitsämter und alle Bezirksbehörden zusammenbrechen. Weil es gibt viel mehr Verdächtige, als man glaubt. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

Der Antragstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

6. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt an die Bundesregierung mit der Forderung heran, die personellen und finanziellen Ressourcen der lokalen Gesundheitsbehörden in Magistraten und Bezirkshauptmannschaften deutlich aufzustocken, damit das „Contact Tracing“ zur Eindämmung der Corona-Pandemie auch künftig sichergestellt werden kann.

GR Dr. **Hofer**:

Werte KollegInnen im Gemeinderat, Frau Kollegin Reininghaus. Zuerst, muss ich sagen, habe ich mich natürlich geschreckt, wie ich den Antrag angefangen habe zu lesen, weil da ist nämlich gestanden, betrifft Maßnahmen für die zweite Welle. Also ich wäre jetzt eindeutig gegen Maßnahmen für die zweite Welle, aber bin absolut für Maßnahmen gegen die zweite Welle. Aber ich nehme an, das ist auch so gemeint. Es ist keine Frage, die Covid19-Pandemie ist noch präsent. Glücklicherweise in Österreich nicht so, wie es in anderen Ländern ist und ich glaube, dass man das ganze Thema ganz gut derzeit im Griff haben, dass es möglicherweise wieder zu einer Steigerung kommen kann bzw. im Herbst sicher die Gefahr auch noch höher ist, ist sicher richtig. Jedoch muss ich auch sagen, deswegen werden wir seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs einen Abänderungsantrag einbringen. Wir haben ja in der Stadt Graz einen behördlichen Führungsstab eingerichtet, der sich mit der Pandemie auseinandersetzt und daher würden wir einen

Abänderungsantrag

einbringen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge die im gegenständlichen dringlichen Antrag angeführten Punkte dem im Rahmen der Corona-Epidemie eingerichteten behördlichen Führungsstab der Stadt Graz zur weiteren Befassung auch zuweisen
(Allgem. Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge die im gegenständlichen Dringlichen Antrag angeführten Punkte dem im Rahmen der Corona-Epidemie eingerichteten behördlichen Führungsstab der Stadt Graz zur weiteren Befassung zuweisen.

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, liebe Zuschauer, liebe Antragstellerin. Bitte hören wir auf, schon wieder mit Angstmacherei und Verunsicherung zu arbeiten. Der Betreff des Antrags ist für uns äußerst unglücklich gewählt: „Maßnahmen für die zweite Welle“. Viele Virologen sind sich einig, dass es zu keiner zweiten Welle kommen muss und das schürt einfach schon wieder Ängste. Im Moment wird händeringend von allen Seiten versucht, die negativen Auswirkungen, die der Lockdown wirtschaftlich gebracht hat, zu verhindern oder so gering wie möglich zu halten. Das wird in allen Branchen gar nicht möglich sein. Jetzt haben wir hier in den letzten Sitzungen Initiativen beschlossen, um der Wirtschaft, um den Gastronomen unter die Arme zu greifen. Beispielhaft sei die Initiative „Summer in the City“ erwähnt. Hier müssen sich die Besucher registrieren lassen, das heißt, sollte da eine Infektion auftreten, gibt es genug Informationen, um diese angesprochene Cluster-Methode dann durchzuführen. Diese Maßnahmen sind richtig, wichtig und die laufen im Hintergrund ab. Die Gastronomie, der Tourismus, der Handel, die Zulieferbetriebe, die ganzen damit verbundenen Arbeitsplätze, alle die brauchen jetzt unsere Unterstützung. Unterstützung, die sie jetzt nur bekommen können. Und Wirtschaft hat viel mit Psychologie zu tun. Und wenn jetzt schon wieder von der zweiten Welle gewarnt wird, dann ist es absolut kontraproduktiv und führt zu in unseren Augen absolut hinterfragenswerten Aktionen wie jetzt beispielsweise in Kärnten. Da ist das Virus offenbar schon mutiert. Untertags ist er inaktiv, rastet wohl, um dann um 21.00 Uhr zuzuschlagen. Denn ab 21 Uhr ist dann wieder eine Maskenpflicht, eine Maske zu tragen. So werden sicher wieder Massen an Touristen nach Kärnten strömen. Für uns ist die Abstandsregel ausreichend. Die Menschen müssen eigenverantwortlich handeln. Wir werden diese neuerliche Angstmache, das Gerede einer zweiten Welle sicher nicht unterstützen (*Allgem. Appl.*).

Reininghaus:

So, ich komme zum Schlusswort. Liebe Frau Schleicher, ich bin ganz Ihrer Meinung. Also, ich bin die Letzte, wir müssen Panik verbreiten, das ist schlecht für die Wirtschaft, das sehe ich ganz genauso wie Sie. Was ich auch beobachte ist, ich war z.B. gestern am Lendplatz unterwegs, die Leute vergessen auf Corona, das ist mein Eindruck und auch ich vergesse manchmal, Abstand ausreichend zu halten und darum eben dieser Antrag, um den Menschen auch zu sagen: Leute genießt eurer Leben, genießt den Sommer, aber Corona ist noch nicht vorbei. Bitte, bleibt vorsichtig. Das ist der Sinn dieses Antrags gewesen und herzlichen Dank auch an die ÖVP, die diesen Antrag unterstützt. Ich bin mir sicher, dass dieser Antrag dann auch nicht in einer Lade eines Amtes verschwinden wird oder im Gesundheitsamt verschwinden wird, weil alle hier wissen, wie wichtig es ist hier, sehr, sehr vorsichtig und mit sehr viel Verantwortung vorzugehen. Herzlichen Dank (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde (gegen FPÖ) angenommen.

Der Abänderungsantrag wurde (gegen FPÖ, KPÖ und SPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne, NEOS) abgelehnt.

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, wir dürfen uns jetzt von den Zusehern im Livestream verabschieden. Vielen Dank für Ihre Interesse an der Stadt Graz und an unserer Gemeinderatssitzung und an den Punkten, die wir heute auch wieder beschlossen und diskutiert haben. Ich möchte mich auch bei der Technik bedanken und dann zum nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung übergehen.

Ende 18.10 Uhr